

## Der Mythos und das Schreckgespenst der bolschewistischen Oktoberrevolution in der deutschen Sozialdemokratie (Spartakusbund und USPD)

Manfred Scharrer

„Denn es gibt kein andres Land auf Erden  
Wo das Herz so frei den Menschen schlägt“<sup>1</sup>

„Es lebe die Weltrevolution und die daraus entstehende freie Gesellschaft freier Individuen.“<sup>2</sup>

„Die Proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Menschenmord.“<sup>3</sup>

In der Nacht vom 24. auf den 25. Oktober 1917 putschten die Bolschewiki gegen die provisorische Regierung unter der Parole: „Alle Macht den Räten!“

Das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie *Vorwärts* titelte „Die Revolution der Bolschewiks“, und ein Leitartikel ihres russischen Mitarbeiters A. Grigorjanz in der gleichen Ausgabe analysierte das Ereignis, unpolemisch und offensichtlich gut informiert, unter der Überschrift „Diktatur des Proletariats.“<sup>4</sup> Er referierte die Kernforderungen der Bolschewiki und stellte ihnen die Positionen der anderen sozialistischen Parteien gegenüber. Und er verwies auf eine Einschätzung aus dem Zentralorgan der russischen Sozialdemokratie Nowaja Schisn, dass, sollten die Bolschewiki ihre Vorstellungen jetzt tatsächlich durchsetzen, dies „der Anfang vom Ende des Bolschewismus und damit auch der Anfang vom Ende der Revolution sein wird.“

Es findet sich in dem Artikel auch eine sehr exakte Beobachtung: Der Bolschewismus, „der linke Flügel der revolutionären Demokratie [,] tritt nicht nur gegen die Reaktion, nicht nur gegen das gesamte Bürgertum, sondern auch gegen alle anderen sozialistischen Parteien und Richtungen an und sagt ihnen entschlossenen Kampf an.“

Die Redaktion des *Vorwärts* scheint über diesen Artikel nicht besonders glücklich gewesen zu sein, denn sie sieht sich veranlasst, eine Anmerkung beizufügen, die einer Distanzierung von der kritischen Bewertung der des Putsches und seiner Protagonisten im Leitartikel gleichkommt. Für sie hat etwas anderes Bedeutung, Putsch der Bolschewiki hin oder her. Was zählte, war deren Bereitschaft, Frieden um jeden Preis zu schließen und sei es um den Preis der Niederlage des eigenen Landes. „Aus dem ganzen Wortschatz des Bolschewismus wird daher das Wort Friede aufgefangen, und dieses Wort übt auf die Massen ihre magische Wirkung aus.“ Das stimmte. Die Menschen in Russland waren es leid, für den Krieg zu darben und zu sterben. Und je länger sich zeigte, daß die Provisorische Regierung nicht in der Lage war, den Krieg zu beenden, die staatliche und militärische Desorganisation aufzuhalten und die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen, desto mehr Zulauf erhielten die Bolschewiki.

1 Zu Beginn des Großen Terrors 1936 dichtete Lebedew-Kumatsch diese Zeilen. Erich Weinert hat es übersetzt, und Ernst Busch hat es gesungen.

2 Dutschke, Rudi: Die geschichtlichen Bedingungen für den internationalen Emanzipationskampf (Schlußsatz seiner Rede). In: Der Kampf des Vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus. Internationaler Vietnam-Kongreß West-Berlin 17./18. Februar 1968, Berlin 1968, S.124.

3 Luxemburg, Rosa: Was will der Spartakusbund? In: GW Bd. 4, Berlin (DDR) 1974, S. 451.

4 *Vorwärts*, Nr. 308, vom 9.1.1917.

Die Redaktion beteuert zwar, daß die deutsche Sozialdemokratie mit bolschewistischen Methoden nichts gemein hätte, jedoch rückt sie in ihrer Sicht der Dinge die Gemeinsamkeit mit den Bolschewiki in den Vordergrund, „was das sozialistische Endziel und die Ablehnung der Annexionspolitik anlangt. Und da trifft es sich gut, daß in demselben Augenblick, in dem die deutsche Sozialdemokratie die Gefahr einer Eroberungspolitik im Osten entschieden bekämpft, in Rußland eine sozialistische Partei ans Ruder gelangt, die den Frieden höher schätzt als die Erhaltung des russischen Reichsgebiets. Es ergibt sich ein Bild, wie es die Welt noch nie gesehen hat. [...] Damit scheint die Möglichkeit einer Lösung nahegerückt, die uns stetes als die ideale vorgeschwebt hat: Rußland und die Mittelmächte könnten dahin übereinkommen, für die Bevölkerung der russischen Westprovinzen das nationale Selbstbestimmungsrecht anzuerkennen... Voraussetzung ist, daß die deutsche Sozialdemokratie stark genug ist, sie durchzusetzen, und daß die Bolschewiks in Rußland am Ruder bleiben.“<sup>5</sup> In dem Augenblick, als die Bolschewiki einen Putsch wagten, der im Verständnis der Sozialdemokratie das Verdikt Blanquismus nur allzugut rechtfertigte – und es war ja genau das, was sie schon immer als Vorwurf gegen die Bolschewiki formuliert hatten – betonten sie nun die Gemeinsamkeit im sozialistischen Endziel.<sup>6</sup>

Fragt man nach den Ursachen, warum in Deutschland selbst die Mehrheitssozialdemokraten zu Beginn der bolschewistischen Herrschaft nur sehr zurückhaltend kritisierten, dann hängt dies sicher auch damit zusammen, daß die Bolschewiki trotz aller Differenzen zu anderen sozialistischen Richtungen noch zur „Familie“ der Sozialisten der Zweiten Internationale, zur „Familie“ der Marxisten, gehörten. Noch firmierten sie unter „revolutionärer Demokratie“ und nannten sich Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands – SDAPR (B). Das B steht für Bolschewiki.

Da gab es in der sozialdemokratischen Vorstellungswelt der II. Internationale große Übereinstimmungen im Grundsätzlichen. An erster Stelle sei die Übernahme der Marxschen Geschichtsphilosophie genannt, also jene Auffassung, dass Geschichte sich mit eherner Notwendigkeit vollziehe, die Entwicklung vom Kapitalismus zu Sozialismus unvermeidlich sei und daß einzig der proletarischen Klasse die „historische Mission“ zukäme, die Erbschaft der kapitalistischen, bürgerlichen Epoche anzutreten und das Reich der harmonischen, klassenlosen Gesellschaft zu begründen. Marx und Engels konnten sich diesen Übergang 1847 nur in Form einer gewaltsamen Revolution vorstellen. Nur durch einen „gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie“, nur „durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung“ könne das Proletariat seine Herrschaft begründen bzw. könnten die Kommunisten ihren großen Zweck erreichen. Diese Annahme erklärten sie sogar zum spezifischen Erkennungsmerkmal von Kommunisten.<sup>7</sup>

Dass Revolutionen nur gewaltsam sein können, war für die Zeitgenossen selbstverständlich. „Revolution“ hatte in den Reihen der Sozialdemokratie eine überwiegend positive Bedeutung, auch wenn die SPD in der praktischen Politik längst eine demokratisch-sozialistische Reformpartei geworden war. Die Trias der Französischen Revolution „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ hatte nichts von ihrer Strahlkraft eingebüßt. Die Terrorherrschaft der Jakobiner hatte nicht vermocht, diesen Zauber zu brechen. Wenn der *Vorwärts* titelte, „Die Revolution der Bolschewiks“, dann schwingt hier Anerkennung mit. Es gab auch noch keinen Grund entsetzt zu sein – zumal die Bolschewiki zu dem Zeitpunkt noch vorgaben, gemäß dem großen Vorbild 1789, an der Einberufung der verfassunggebenden Nationalversammlung (Konstituante) festzuhalten.

---

5 Alle Zitate ebd.

6 Vgl. hierzu: Lösche, Peter: Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903 bis 1920. Berlin 1967.

7 Marx, Karl/Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei, MEW, Bd. 4, S. 493.

Gemeinsam im Fundus der internationalen Sozialdemokraten war auch der Glaube, alles soziale Elend der Welt könne mir der „Abschaffung des Privateigentums“ gelöst werden. Marx und Engels sahen darin die „Grundfrage“ des Kommunismus überhaupt. Ebenso ihre deutschen sozialdemokratischen Schüler.

Aus dem Geschichtsdeterminismus mit der zuversichtlichen Prognose, dass der Kapitalismus an seinen eigenen Gesetzen zugrunde gehen würde und dem Proletariat nur die vergleichsweise passive Aufgabe des Totengräbers zukäme, konnten in der Folge unterschiedlichste Konsequenzen gezogen werden: Der Geschichte auf die Sprünge helfen, das heißt das Liebäugeln mit einem gewaltsamen Umsturz (voluntaristischer Aktionismus) und „revolutionärer Attentismus“ (Groh).

Zum Glanz der Marxschen Theorie trug auch der Anspruch bei, im Unterschied zu allen vorher formulierten sozialistischen oder kommunistischen Theorien, nun die erste wissenschaftliche zu sein. Wissenschaft trug den Glorienschein objektiver Wahrheit. Aus der Überzeugung, im Besitz der Wahrheit zu sein, leiteten Marx und Engels den Anspruch ab, dass Kommunisten von ihrem Schlage gegenüber der „übrigen Masse des Proletariats“ die Einsicht in den Gang der Geschichte voraus hätten. Die Sozialdemokratie war eine Glaubensgemeinschaft. Diese Haltung verleitete nicht unbedingt zu Zweifeln an der Richtigkeit der eigenen Überzeugungen oder gar zu Toleranz und Akzeptanz gegenüber anderen Meinungen. Hinter dieser Haltung, wenn sie fundamentalistisch und politisch wird, lauert die Guillotine oder das Erschießungskommando, lauert Terror und Putschismus.

In dem Marxschen Ideengebäude nistete auch ein Begriff, der lange keine große Beachtung fand, der jedoch mit dem Sieg der Bolschewiki in Russland eine enorme Faszination und Sprengkraft entfalten sollte: die „Diktatur des Proletariats“. Unter dem Banner des Marxismus versuchten die Bolschewiki von Anfang an, ihre praktische Politik zu rechtfertigen. Die Marxsche Theorie mit ihren Begriffen wurde instrumentalisiert und verkam zur Legitimationsideologie.

### *Diktatur statt Demokratie in Rußland*

„Alle Macht den Räten!“ lautete die Parole der angeblich endlich entdeckten Form der Diktatur des Proletariats. Zunächst mussten diese Institutionen überhaupt flächendeckend installiert bzw. die alten Institutionen des russischen Staates mussten zerschlagen werden. Doch alle diese Maßnahmen standen unter dem Versprechen, dass über die neue Ordnung in der Konstituante entschieden werden würde. Lenin versprach sogar, die Bedingungen des Waffenstillstands der Konstituante vorzulegen, doch wurden gleichzeitig durch Erlasse (Dekrete) grundsätzliche Weichen gestellt, die zweifeln lassen, ob die Bolschewiki ihr Versprechen halten würden. Als sich die Anzeichen mehrten, dass die Bolschewiki in der Konstituante keine Mehrheit bekommen würden, hieß es sogleich, „überall dort, wo die örtlichen Sowjets zu Urteil gelangt sind, daß das Wahlergebnis nicht mit dem Willen des Volkes übereinstimmt, Neuwahlen auszuschreiben.“<sup>8</sup> Wenige Tage später wird die „Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden“ verordnet, dann werden die gewählten Abgeordneten der liberalen Partei (Kadetten) vorab von der Teilnahme an der Konstituante ausgeschlossen, und die Partei wird wenig später ganz verboten. Trotzki rechtfertigte dies mit dem Argument: Das entspräche „wohl nicht den konstitutionellen Prinzipien, aber die Revolution hat ihre eigenen Gesetze.“<sup>9</sup> Einen Tag später berichtet der *Vorwärts*: „Auch eine Auflösung der Konstituante ist möglich. Die Petersburger Garnison und der Arbeiterrat wollen die Macht nicht der Konstituante

<sup>8</sup> Vorwärts, Nr. 337, vom 9.12.1917.

<sup>9</sup> Vorwärts, Nr. 347, vom 19.12.1917.

überlassen. Das Klassenbewußte Proletariat teilt nicht die in den Landbezirken herrschenden Illusionen über die Konstituante. Die Lage ist kompliziert.“<sup>10</sup> Mitte Dezember 1917 diktierten die Volkskommissare die Trennung von Kirche und Staat, das hieß gleichzeitig die Enteignung der Kirchen und Klostergüter, den Raub von Gold, Silber und Edelsteinen in den Mitren und Kreuzen. Zu Ende des Jahres werden die Banken verstaatlicht.

Zunehmend richtete sich nun die Propaganda der Bolschewiki auch gegen die anderen Parteien, denen das Etikett „Freunde“ oder „Agenten der Bourgeoisie“ verliehen wurde. Agenten der Bourgeoisie durften genauso behandelt werden wie die Angehörigen der Bourgeoisie selbst. Lenin und die Bolschewiki gingen dazu über, jeden der anderer Meinung war als sie, als Agenten der Bourgeoisie, als Konterrevolutionär oder Verräter am Sozialismus abzustempeln. Liest man seine Vorschläge, die er in dem Artikel „Wie soll man den Wettbewerb organisieren?“ ausbreitet, geschrieben am gleichen Tage, an dem die Bolschewiki die Konstituante auseinanderjagten, dann fällt es schwer zu glauben, dass die Auflösung der Konstituante nicht längst beabsichtigt war.

In dieser Schrift geht es ihm um „die Rechnungsführung und Kontrolle über die Reichen, die Gauner, die Müßiggänger und Rowdys [...]“. Es galt für ihn „diesen Auswurf der Menschen, diese rettungslos verfaulten und verkommenen Elemente, diese Seuche diese Pest, diese Eiterbeule zu besiegen.“ „Für diese Feinde des Volkes, für diese Feinde des Sozialismus und der Werktätigen darf es keine Schonung geben. Kampf auf Leben und Tod gegen die Reichen und ihre Kostgänger, die bürgerlichen Intellektuellen, gegen die Gauner“. Lenin will die „Säuberung der russischen Erde von allem Ungeziefer, von den Flöhen – den Gaunern, von den Wanzen – den Reichen usw. usf.“<sup>11</sup>

Er will dabei durchaus differenziert vorgehen: Die einen solle man ins Gefängnis stecken, die anderen sollen Klosetts reinigen. Wieder andere sollen durch „gelbe Pässe“ stigmatisiert werden, damit man sie besser überwachen kann, wiederum andere soll man auf der Stelle erschießen. Auch verschiedene Kombinationen seien möglich und wünschenswert.<sup>12</sup> Was dieses soziale Ausrottungsprogramm mit Sozialismus oder Kommunismus im Marxschen Sinne zu tun haben soll, erschließt sich nicht. Die Sprache ist derart abscheulich, dass es schwer fällt, sachlich zu kommentieren. Es war ein einziger Appell an den Hass und das Ressentiment der Armen und Elenden. Alexander Solschenizyn hat später versucht, diese Ungeheuerlichkeiten in Literatur zu verwandeln.<sup>13</sup> Unter den Zeitgenossen war Rosa Luxemburg vielleicht eine der wenigen, die die richtigen Worte gefunden hat, zwar ohne Namen zu nennen, aber jeder wusste, wer gemeint war: „Die Proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Menschenmord.“<sup>14</sup>

Kühl betrachtet lässt sich formulieren, Lenins „Vokabular kam nicht aus dem Wörterbuch des gelehrten Marxismus, sondern aus dem Handbuch der Gewalt.“<sup>15</sup> Der Staatsstreich vom Oktober war die Vorentscheidung zum Bürgerkrieg. Doch zunächst war der Putsch gegen eine Regierung gerichtet gewesen, die weitgehend die Unterstützung des Volkes verloren hatte. Er war noch nicht gegen die Parteien gerichtet und formal noch nicht gegen die bürgerliche Demokratie, da die Bolschewiki noch an der Konstituante festhielten. Jedoch Lenins soziales Vernichtungsprogramm, formuliert unmittelbar im

10 Vorwärts, Nr. 348, vom 20.12.1917.

11 Lenin, W.I.: Wie soll man den Wettbewerb organisieren, LW, Bd. 26, S. 409 ff. (geschrieben am 6. bis 9. Januar, 1918 veröffentlicht in der Prawda, Nr. 17 vom 20.1.1918).

12 Ebd., S. 413.

13 Solschenizyn, Alexander: Der Archipel Gulag. Bern und München 1974, S. 37 ff.

14 Luxemburg, Rosa Luxemburg: Was will der Spartakusbund?, S. 451.

15 Baberowski, Jörg: Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt. München 2012, S. 53.

Zusammenhang mit der Abschaffung der Konstituante, war die offensive Propaganda für einen umfassenden Bürgerkrieg. Die Abschaffung der Konstituante hatte zur logischen Konsequenz die Verbote aller anderen Parteien und die Alleinherrschaft der Bolschewistischen Partei. Das war die endgültige Entscheidung zum Bürgerkrieg. Es sei denn, die anderen Parteien (die ja die Große Mehrheit in den Wahlen errungen hatten) hätten ihre Ausschaltung gehorsam hingenommen.

Die Konstituante konnte am 5. Januar schließlich noch zusammentreten. Der *Vorwärts* jubelte: „Ein großer Tag für Rußland“,<sup>16</sup> um schon einen Tag später zu titeln: „Auflösung der Konstituante“<sup>17</sup> – ohne zu kommentieren. Aus welchen Gründen die Bolschewiki sich dafür entschieden hatten, die politische Macht nicht wieder aus den Händen zu geben oder sie mit anderen Parteien zu teilen, kann an dieser Stelle nicht diskutiert werden. In der sozialistischen Ideengeschichte ist der Gedanke nie erörtert worden, was Sozialisten, einmal an die Macht gekommen, tun sollten, wenn sie das Vertrauen der Mehrheit wieder verlieren würden. Dies verweist auf ein Denken, dass in einem linearen Fortschrittsglauben gefangen war, der nur eine Richtung kannte. Sozialisten einmal an der Macht bedeutete das Ende der Geschichte. Andererseits konnte sich die Sozialdemokratie seit dem Erfurter Programm die politische Machteroberung nur in der Form der demokratischen Republik vorstellen, womit implizit ausgesprochen war, dass man die demokratischen Spielregeln akzeptierte. Die Bolschewiki hätten sich daran halten können.

Es besteht kein Zweifel, dass die Bolschewiki mit ihrer Entscheidung einen prinzipiellen Bruch mit der demokratischen Tradition des Sozialismus in Westeuropa vollzogen haben. Sie proklamierten die Diktatur des Proletariats in Form einer Einparteiendiktatur als die einzig authentische Auslegung des Marxismus. Wer etwas anderes behauptete, war in ihren Augen entweder ein Verräter, ein Agent der Bourgeoisie oder ein Konterrevolutionär. Zum Marxismus gesellte sich der Leninismus. Das Ideologische Monster „Marxismus-Leninismus“ begann umzugehen in Europa und darüber hinaus.

Die deutsche Sozialdemokratie ist zunächst geschockt. Erst als es Anzeichen gibt, dass auf dem äußersten linken Flügel Sympathie für den Staatsstreich der Bolschewiki entsteht, zieht sie einen grundsätzlichen Trennungsstrich: „Bolschewiki und wir: [...] Es muß aber auch offen und ganz unzweideutig ausgesprochen werden, daß wir als Sozialdemokraten diese Gewaltmethoden der Bolschewiki aufs schärfste verurteilen [...]. Der Sozialismus kann nicht auf Bajonetten und Maschinengewehren aufgerichtet werden [...]. Sie haben die auf Grunde des demokratischen Wahlrechts gewählte Volksvertretung mit Waffengewalt gesprengt. Sie schlagen die Demokratie tot und ersetzen sie durch Energie und brutale Gewalt [...]. Was die Bolschewiki in Rußland treiben, ist weder Sozialismus noch Demokratie, es ist vielmehr gewalttätigster Putschismus und Anarchie. Deshalb müssen wir zwischen den Bolschewiki und uns einen dicken, sichtbaren Trennungsstrich ziehen.“<sup>18</sup>

Es fällt jedoch auf, dass die Ablehnung der bolschewistischen Innenpolitik dennoch insgesamt moderat, ja sogar zurückhaltend ausfällt. Dies lässt sich nur damit erklären, dass die Friedenspolitik der Bolschewiki den Wünschen der Sozialdemokratie entgegenkommt. Tatsächlich gibt es hier entlang der Position Verständigungsfrieden, Frieden ohne Annexionen und Kontributionen, zwischen den Bolschewiki und den Sozialdemokraten weitgehende Übereinstimmung. Die Sozialdemokratie schwankt zwischen der

---

16 Vorwärts, Nr. 20, vom 20.1.1918.

17 Vorwärts, Nr. 21, vom 21.1.1918.

18 Braun, Otto: Die Bolschewiki und wir. In: Vorwärts, Nr. 46 vom 15.2.1918.

Ablehnung bolschewistischer Methoden und realpolitischer Friedenspolitik, das heißt sie will Einfluss auf die Verhandlungen in Brest-Litowsk gewinnen, wo ab Dezember 1917 über einen Waffenstillstand verhandelt wird, und glaubt diesen Einfluß zu fördern, indem sie die Bolschewiki als seriöse Verhandlungspartner aufwertet.<sup>19</sup>

Die Tolerierung der Gewaltpolitik ändert sich auch nicht, als die Bolschewiki nach der Ermordung des deutschen Botschafters im Juli 1918 mit der systematischen Verfolgung und Verhaftung der Sozialrevolutionäre und Menschewiki beginnen, ihre Mitglieder von den Arbeiter- und Soldatenräten ausschließen und auch nicht, nachdem die Bolschewiki den Roten Terror zum offiziellen Regierungsinstrument erklärten. Als der Gründer der russischen Sozialdemokratie Pawel Axelrod forderte, eine Untersuchungskommission der Internationale solle vor Ort in Russland sich von dem Terror der Bolschewiki ein Bild machen, lehnt die deutsche Sozialdemokratie dies ab mit der Begründung: Sollte die Internationale wieder aufleben, so wäre es denkbar schlecht, „wenn sie zur Anklagebehörde über diejenigen ihrer Mitglieder werden sollte, die als erste den praktischen Versuch gemacht haben, den Sozialismus für ein ganzes Volk in die Wirklichkeit zu übertragen. Die schweren Fehler und Irrtümer der Bolschewiki sind an dieser Stelle oft und nachdrücklich kritisiert worden, aber sowenig wir mit den Methoden der Bolschewiki einverstanden sind, so sehr achten wir ihren Mut und die Reinheit ihrer Gesinnungen.“<sup>20</sup>

Nach den Attentaten auf Lenin und Uritzki ordneten die Bolschewiki „systematischen Massenterror gegen die Bourgeoisie und ihre Agenten“ an. Sozialrevolutionäre und Menschewiki zählten dazu. Wer zur Bourgeoisie gehörte oder ein Agent der Bourgeoisie war, definierten die Bolschewiki bzw. ihre Geheimpolizei. Es konnte jeden Andersdenkenden treffen, unabhängig von seiner sozialen Zugehörigkeit. Geislerschießen und Lynchjustiz gehörten zum Alltag des mittlerweile umfassenden Bürgerkrieges. Der *Vorwärts* berichtet sachlich: „Amtlich wird bekanntgegeben, daß bisher als Vergeltung für die Ermordung Uritzkis 512 sogenannte Gegenrevolutionäre, darunter 10 rechte Sozialrevolutionäre, erschossen worden sind.“<sup>21</sup>

Es fällt schwer, sich die Rechtlosigkeit, Willkür und das Grauen vorzustellen, das sich hinter solchen Zahlen verbirgt. Noch schwerer lässt sich nachvollziehen, dass diese Verbrechen im Namen des Sozialismus, der Menschheitsbefreiung, Befreiung von jeglicher Unterdrückung und jeglicher Ausbeutung etc. vollbracht bzw. legitimiert wurden. Vielleicht stimmt es: „Nur wer die Revolution und den Bürgerkrieg für eine Auseinandersetzung um die beste aller Welten hält, wird den Sieg der Bolschewiki für ein Mysterium halten.“<sup>22</sup>

### *Kritik an Lenin und Trotzki von links*

In Deutschland hatte sich schon vor der Oktoberrevolution die Sozialdemokratie an der Frage gespalten, ob man im Reichstag den Kriegskrediten zustimmen solle. Diese Frage führte zu immer schärferen Auseinandersetzungen je länger der Krieg dauerte. Im April 1917 spalteten sich die Kreditverweigerer von der SPD ab und gründeten eine eigenständige Partei, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD). Zur USPD gesellte sich auch die Gruppe Internationale um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Nicht weil sie mit der Mehrheit der USPD übereinstimmte, sondern weil

---

19 Sie scheitert damit und wagt doch nicht, im Reichstag gegen den Friedensvertrag zu stimmen, obwohl er ihren Vorstellungen ins Gesicht schlägt.

20 *Vorwärts*, Nr. 236, vom 28.8.1918

21 *Vorwärts*, Nr. 249, vom 10.9.1918.

22 Baberowski, Jörg: *Verbrannte Erde*, S.58.

ihre eigene Bedeutungslosigkeit es ihr empfahl, unter ein „schützendes Dach“ zu flüchten.

SPD, USPD und Spartakusbund versuchten, sich auch über die Stellungnahmen zur russischen bzw. bolschewistischen Revolution Konkurrenz zu machen und voneinander abzugrenzen. Distanzierte sich die Mehrheitssozialdemokratie von den bolschewistischen Methoden, solidarisierte sich der Spartakusbund in seinen offiziellen Verlautbarungen vorbehaltlos, während die USPD nicht recht wusste, wie sie sich verhalten sollten.<sup>23</sup>

Ein Paukenschlag war dann die im August 1918 veröffentlichte Schrift Karl Kautskys: *Die Diktatur des Proletariats*. Kautsky wendet sich entschieden gegen die Auslegung, die Lenin und Trotzki dem von Marx eingeführten Begriff geben und schlägt sich eindeutig auf die Seite der parlamentarischen Demokratie und der demokratischen Republik. Insbesondere wendet er sich dagegen, dass die Bolschewiki ihre Gewaltherrschaft als Diktatur des Proletariats ausgeben, als Diktatur einer Klasse, „die aber in Wirklichkeit die Diktatur einer Partei ist, und die, wie Lenin selbst erklärt, die Diktatur einzelner Personen werden kann.“<sup>24</sup>

Geradezu moderat wirkt jedoch die Kritik Kautskys im Vergleich mit der wenige Wochen (September/Oktober 1918) später verfassten Kritik von Rosa Luxemburg. Sie verteidigt hier gegenüber Lenin und Trotzki das alte demokratische Selbstverständnis der Sozialisten mit den überzeugendsten Formulierungen, die von sozialdemokratischer Seite jemals für die Prinzipien einer demokratischen Republik gefunden wurden. Allgemeines Wahlrecht, Parteienpluralismus, Meinungs-, Vereins- und Versammlungsfreiheit sind für sie die Eckpfeiler einer politischen Verfassung, auf die auch eine sozialistische Gesellschaft nicht verzichten kann. Im Zusammenhang mit ihrer Verteidigung der Konstituante und des allgemeinen Wahlrechts steht ihre oft falsch verstandene Freiheitsdefinition. Dies ist keine individuelle Freiheitsdefinition, sondern vor allem das Bekenntnis zu einer parlamentarischen Mehrparteiendemokratie. Es ist ein freiheitlich-liberaler Gegenentwurf zum Modell einer Einparteiendiktatur: „Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden.“<sup>25</sup>

Die Bolschewiki haben aus dieser Sicht eine „Cliquenwirtschaft“ errichtet, [...] eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker.“<sup>26</sup> Sie glaubt, diese Diktatur als „bürgerliche Diktatur“ bezeichnen zu können und stellt eine Analogie zur Jakobinerherrschaft her.

Vergleicht man nur diese Äußerungen mit der Kritik von Otto Braun und von Karl Kautsky, dann ist überhaupt kein Unterschied in den Grundsatzpositionen zwischen Mehrheitssozialdemokraten, Unabhängigen und Rosa Luxemburg zu erkennen – nur dass die Formulierungen Rosa Luxemburgs sprachmächtiger und überzeugender sind. Die Differenz wird erst sichtbar, wo Rosa Luxemburg nach dem großartigen demokratischen Bekenntnis ein nicht minder großartiges Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats ablegt. „Das Proletariat“ müsse „eben sofort sozialistische Maßnahmen in energischster, unachgiebigster, rücksichtslosester Weise in Angriff nehmen, also Diktatur ausüben

23 Vgl. die MSPD und die USPD betreffend vor allem: Zarusky, Jürgen: Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell: ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen, 1917–1933. München 1992.

24 Kautsky, Karl: Die Diktatur des Proletariats. Wien 1918, S.57.

25 Luxemburg, Rosa: Zur russischen Revolution, GW, Bd. 4, S. 358.

26 Ebd., S. 362.

[...]“.<sup>27</sup> Rosa Luxemburg ist begeistert von der Parole „Alle Macht den Räten“, und sie glaubt darin zu erkennen, dass die Bolschewiki das „ganze und weitgehendste revolutionäre Programm“ aufgestellt hätten: „Nicht etwa Sicherung der bürgerlichen Demokratie, sondern Diktatur des Proletariats, zum Zwecke der Verwirklichung des Sozialismus.“<sup>28</sup>

Den offenkundigen Widerspruch versucht sie durch einen Formelkompromiss zu überbrücken: „Sowohl Sowjets als Rückgrat wie Konstituante und allgemeines Wahlrecht“.<sup>29</sup> Sie führt für dieses Gebilde den Begriff der „sozialistischen Demokratie“ ein, die im Moment der Machtergreifung durch die sozialistische Partei beginne. Das ist für sie gleichzeitig der Beginn der Diktatur des Proletariats. „Aber diese Diktatur besteht in der Art der Verwendung der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung.“<sup>30</sup> Obwohl sie erkannt hatte, dass die Bolschewiki unter der Maske „Alle Macht den Räten!“ ihre Einparteiendiktatur versuchen zu bemänteln, diskutiert sie nicht einmal ansatzweise das Verhältnis der sozialistischen Parteien zur Institution der Arbeiter- und Soldatenräte. Grundfragen der demokratischen Staatstheorie wie Gewaltenteilung, Minderheitenschutz, Rechtsstaatlichkeit werden nicht einmal ansatzweise berührt. Sind die einzelnen Aussagen für sich betrachtet eindeutig, so ist der Gesamttext widersprüchlich und irreführend. Gemessen an der überlieferten historischen Erfahrung und dem staats- und verfassungsrechtlichen Diskurs, hätte es keineswegs herausragender intellektueller Fähigkeiten bedurft, um zu erkennen, dass zum Beispiel die Gewaltenteilung eine zivilisatorische Errungenschaft sondergleichen darstellt und zwingend diskutiert werden mußte, wenn man die Forderung aufstellt: „Alle Macht den Räten!“ Außer man stimmt der im November 1918 geäußerten Meinung von Karl Liebknecht zu, dass „die gesetzgebende, ausübende, richterliche Gewalt ausschließlich in den Händen der Soldaten- und Arbeiterräte sein und bleiben müsse“.<sup>31</sup> Nur dann macht die Parole „Alle Macht den Räten“ auch Sinn. Doch Rosa Luxemburg wollte hier noch beides: alle Macht den Räten und Konstituante. Ihre Schrift spielte jedoch in der aktuellen Auseinandersetzung keine Rolle, da sie erst Ende 1921 von Paul Levi veröffentlicht wurde. In den Spartakusbriefen und in den Flugblättern sucht man kritische Äußerungen zur Politik der Bolschewiki vergeblich.

### *Das Kriegsende und der Regierungseintritt der Sozialdemokraten*

In Deutschland war zum Zeitpunkt dieser theoretischen Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus deutlich geworden, dass der Krieg verloren war. Die Oberste Heeresleitung wollte die Verantwortung für die Niederlage und deren Konsequenzen auf das Parlament und die Regierung abwälzen, und sie wollte einer „Revolution von unten“ vorbeugen. Die Sozialdemokraten, die bürgerlichen Demokraten und das Zentrum waren bereit, den Preis zu zahlen. Im interfraktionellen Bündnis traten die Mehrheitssozialdemokraten am 3. Oktober 1918 in die Regierung ein und nahmen die Verfassungsreform in Angriff. Am 26. Oktober stimmte der Reichstag mit großer Mehrheit dieser Reform zu. Zwei Tage später unterzeichnete und verkündete der Kaiser das Gesetz. Seine alte Macht und Herrlichkeit waren dahin. Der Reichskanzler und die Regierung waren hinfort dem Parlament verantwortlich. Die militärische Kommandogewalt, sofern ihr politische Bedeutung zukam – das betraf alle wichtigen Entscheidungen – ging in

---

27 Ebd., S. 363.

28 Ebd., S. 341.

29 Ebd., S. 358

30 Ebd., S. 363.

31 Liebknecht, Karl: Rede vor dem 53er Ausschuß der Marine. In: GRS, Bd. IX, S. 619.



die Verantwortung des Reichskanzlers über und kam damit unter parlamentarische Kontrolle.<sup>32</sup> In Preußen stimmte das Herrenhaus der Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts zu. Die Mehrheitssozialdemokraten wähten sich nicht zu Unrecht fast am Ziel ihrer kühnsten demokratischen Träume. Über Jahrzehnte hatten sie vergeblich für solche Reformen gestritten.

Zum gleichen Zeitpunkt mehrten sich die Anzeichen, dass in Teilen der Arbeiterschaft die Sympathien für die bolschewistische Revolution stiegen. Wenn die Mehrheitssozialdemokraten vor dem November 1918 Spartakusbund und Teile der USPD verdächtigten, dem bolschewistischen Vorbild nachzueifern, dann scheint dies – von heute aus gesehen – übertrieben. Angesichts der militärischen Niederlage jedoch war längst nicht ausgemacht war, in welche Richtung die Entwicklung gehen und die Stimmung sich entwickeln würde. Allen stand das russische Beispiel vor Augen: „Auch alle jene Treibereien durch bolschewistische Revolutionsphrasen verwirrter, unverantwortlicher Personen, die die Arbeiter zu jetzt sinn- und zwecklosen Streiks und Demonstrationen gegen die Regierung aufzuputschen versuchen, erschweren den Frieden und die Demokratie Deutschlands. [...] Nicht durch Herbeiführung eines bolschewistischen Chaos, durch Entfesselung des Bürgerkriegs, der zu dem Blutstrom, der an den Fronten fließt, zu dem Unglück, das über das deutsche Volk gekommen ist, neues Unglück und neue Ströme des Blutes bringen, Not und Elend nur noch steigern und die Eroberungsgier unserer Feinde anreizen würde, kann die innere Erneuerung Deutschlands erfolgen.“<sup>33</sup>

Was den Mehrheitssozialdemokraten und der überwiegenden Mehrheit der Arbeiterschaft, vom Bürgertum und den anderen sozialen Schichten ganz zu schweigen, Angst und Schrecken einjagte, war für radikale Linke gerade das Faszinierende an der Russischen Revolution. Eine kleine revolutionäre Partei vermochte die staatliche Macht zu erobern und diese zu behaupten – sei es auch mit Mord und Todschatz. Richard Müller schreibt, dass „man in den revolutionären Kreisen“ Berlins im November fest entschlossen war, „mit dem demokratischen Staatsplunder Schluß zu machen und eine Räterepublik nach russischem Muster aufzurichten.“<sup>34</sup> Emil Barth, neben Richard Müller führendes Mitglied der Revolutionären Obleute (beide auch Mitglieder der UDPD), brachte dies auf die schlichte Formel: „Bolschewismus ist Sozialismus“.<sup>35</sup>

Die unglaubliche Brutalität des von den Bolschewiki vom Zaun gebrochenen Bürgerkrieges, der vor aller Augen stattfand, das Elend und Leid, das durch die Desorganisation der alten staatlichen Institutionen maßlos gesteigert wurde, die chaotische Verteilung des Landes an die Bauern, die gleichermaßen chaotische Übernahme der Betriebe, – all dies tat der machtpolitischen Faszination des Modells offenbar keinen Abbruch. Die Wirksamkeit der Propaganda der Bolschewiki sollte hier nicht unterschätzt werden: Schuld an Terror und Hungersnot hatten immer die anderen, hatte immer die Konterrevolution. Und die Konterrevolution gab sich alle Mühe, diese Schuldzuweisung zu bestätigen – vor allem durch die Intervention der Franzosen und Engländer zu Gunsten der Weißen. Lenins Imperialismustheorie erhielt eine schlagende empirische Bestätigung.

32 Vgl. Huber, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 5- Stuttgart 1978, S. 590 ff.

33 Aufruf des Parteivorstandes der SPD zum Regierungsantritt von Scheidemann und Bauer. In: Vorwärts, Nr. 287 vom 18. Oktober 1918.

34 Müller, Richard: Vom Kaiserreich zur Republik, 1924, Nachdruck. Berlin 1974, S. 139.

35 Barth, Emil: Sitzung des Vollzugsrates, 16. November 1918, Stenographisches Protokoll. In: Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19: Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates, vom Ausbruch der Revolution bis zum 1. Reichsrätekongreß, hrsg. von Gerhard Engel u. a. Berlin 1993, S. 75.

Nach einer neueren russischen Untersuchung „verlor Sowjetrußland zwischen 1917 und 1922 etwa 13 Millionen seiner Bevölkerung [...]“.<sup>36</sup>

*Die bolschewistische Botschaft: Revolution ist möglich*

Angestoßen durch die Meuterei der Matrosen in Wilhelmshaven und in Kiel brach das Kaiserreich wie ein Kartenhaus zusammen. Die politisch Verantwortlichen flohen aus ihren Funktionen. Die Aufstandsbewegung entstand spontan, ohne Weisung und Parole von irgendwelchen Parteiführungen. Die Handelnden bildeten Institutionen, denen sie den Namen „Arbeiter- und Soldatenrat“ gaben. Dieser Begriff war eine bewusste Anlehnung an die Russische Revolution, aber nur in dem allgemeinen Sinne, dass man ebenfalls einen radikalen Bruch mit der alten Ordnung wollte. Auch die Revolutionsregierung nahm hier Anleihe mit der Namensgebung „Rat der Volksbeauftragten“. Mit der bolschewistischen Revolution im engeren Sinne hatte dies wenig zu tun. Wie sich zeigen sollte, hatten die deutschen Arbeiter- und Soldatenräte in ihrer überwiegenden Mehrheit und die Revolutionsregierung ohnehin auch ganz anderes im Sinn, als dem bolschewistischen Vorbild nachzueifern.

Die Wirkung der russischen Revolution (beginnend mit der Februarrevolution) auf die deutsche Arbeiterbewegung lag in der allgemeinen Ermutigung, ebenfalls den Aufstand gegen die alte Ordnung zu wagen. Revolution ist möglich, oder gar: Revolution kann gemacht werden. In dieser allgemeinen Lehre kann die Bedeutung der russischen Revolution gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Die speziellen bolschewistischen Vorschläge der politischen Machteroberung hingegen – Staatsstreich, Ausschaltung nicht nur der bürgerlichen, sondern der konkurrierenden sozialistischen Bruderparteien, Abschaffung der bürgerlichen Demokratie, der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, der Rechtsstaatlichkeit, des Minderheitenschutzes – also der Diktatur des Proletariats als einer Einparteidiktatur – haben jedoch keine breite Vorbildwirkung gehabt. In unterschiedlicher Ausprägung waren sie lediglich für eine zahlenmäßig vergleichsweise kleine Minderheit attraktiv, dazu zählten der Spartakusbund, Teile der USPD und vor allem Teile der Revolutionären Obleute, die als gewerkschaftliche Vertrauensleute großen Einfluss auf die Berliner Arbeiterschaft hatten. Für sie hatten die Bolschewiki in Russland ein neues und besseres Beispiel gesetzt, als in mühsamer Aufklärungsarbeiten Mehrheiten für das Projekt Sozialismus zu gewinnen.

Dieses inhomogene Gebilde aus linken sozialdemokratischen Gruppierungen hatte sich in den Tagen vor dem 9. November darauf geeinigt, sich von der alten sozialdemokratischen Vorstellung einer demokratischen Republik zu verabschieden. Ihre Alternative lautete: „Diktatur des Proletariats“.

Ob es dazu das Vorbild der Bolschewiki bedurft hätte, lässt sich schwer sagen. Für radikale Linke kannte der Hass auf die Mehrheitssozialdemokraten keine Grenzen, die vier Jahre lang den Krieg unterstützt und die sich dann auch noch an die Spitze der Revolution zu setzen vermocht hatten. Dieser Hass hätte wohl ausgereicht, diese Sozialdemokraten zu bekämpfen und unabhängig von einem Vorbild eine Diktatur des Proletariats anzustreben, gehörte dieser Begriff doch zur marxistischen Ideengeschichte. Doch das russische Vorbild wies zum ersten Mal in der Geschichte einen konkreten Weg zu diesem Ziel. Das machte vieles leichter.

---

<sup>36</sup> Zitiert nach Altrichter, Helmut: Kleine Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. München 1993, S. 42. Vor Kriegsbeginn 1913 wird die Bevölkerung Russlands und der Provinzen (also ohne die baltischen Staaten und Moldau) mit rund 160 Millionen Einwohnern angegeben. Wikipedia, Eintrag „Sowjetunion“, abgerufen am 17. Juli 2017.

Am 9. November forderte die Führung der Mehrheitssozialdemokratie – ganz in Übereinstimmung mit den tradierten Vorstellungen – die schleunige Einberufung der Konstituante. Die radikalen Linken lehnten dies ab und forderten die Diktatur des Proletariats in Form eines Rätessystems. Die Streitfrage „Nationalversammlung oder Rätessystem, „demokratische Republik oder Diktatur des Proletariats“ wurde zur alles überragenden Streitfrage der Novemberrevolution.<sup>37</sup>

Rosa Luxemburg griff am 20. November öffentlich mit einem Grundsatzartikel in diese Auseinandersetzung ein. Ohne auch nur mit einem Wort auf ihre demokratischen Überzeugungen einzugehen, die sie noch wenige Wochen vorher in ihrer Kritik an den Bolschewiki formuliert hatte, machte sie sich nun zur radikalen Wortführerin derjenigen, die die Nationalversammlung und den Aufbau einer demokratischen Republik prinzipiell bekämpften. Die Konstituante ist für sie nun ein „überlebtes Erbstück bürgerlicher Revolutionen“ und eine „Hülse ohne Inhalt, ein Requisit aus den Zeiten kleinbürgerlicher Illusionen vom einigen Volk, ‚von der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit‘ des bürgerlichen Staates“<sup>38</sup>. Ganz im Stile Lenins ist für sie jetzt ein Mensch, der die Einberufung der Nationalversammlung fordert, „ein verkappter Agent der Bourgeoisie oder ein unbewußter Ideologe des Kleinbürgertums“<sup>39</sup>. Nachdem sie auf diese Weise die Nationalversammlung, die demokratische Republik, als Verrat am Sozialismus definiert hatte, stellte sie die Alternative auf: „Für oder gegen den Sozialismus, gegen oder für die Nationalversammlung, ein Drittes gibt es nicht.“<sup>40</sup>

Dies formulierte sie im vollen Bewußtsein, daß eine solche Politik die Möglichkeit des Bürgerkrieges in sich trägt. Doch gerade diese Konsequenz bejaht sie mit den stärksten Worten. Umkehrt sind Leute wie Friedrich Ebert, die alles versuchen wollen, um Deutschland einen Bürgerkrieg zu ersparen, Feiglinge und Waschlapen. Für all dies beruft sie sich auf revolutionäre Massen, die es nur in ihrer Phantasie gab. Denn für ein massenhaftes Sehnen nach Bürgerkrieg konnte die Geschichtsschreibung bis heute keine Anhaltspunkte finden. Die Wahlergebnisse zur Nationalversammlung am 19. Januar sprechen eine ziemlich eindeutige Sprache (siehe weiter unten).

Im Unterschied zu ihrer Position, wie sie in der weiter oben dargestellten Kritik an den Bolschewiki formuliert ist, wo sie an der bürgerlichen Demokratie als unverzichtbarem Bestandteil einer sozialistischen Gesellschaft festhielt und in der klassischen Denkfigur eines Kompromisses formulierte (sowohl Demokratie als auch Diktatur), verkündet sie nun die Alternative: entweder „bürgerliche Demokratie oder sozialistische Demokratie“.<sup>41</sup> Die Diktatur des Proletariats ist bei ihr nicht mehr länger die Verwendung der Demokratie, sondern „das ist Demokratie im sozialistischen Sinne“<sup>42</sup>. An anderer Stelle spricht sie sogar davon, daß die Diktatur des Proletariats „die wahre Demokratie“<sup>43</sup> sei.

Rosa Luxemburg ist – wie den Sozialisten aller Richtungen – bewusst, dass die Durchsetzung einer proletarischen Klassendiktatur einen Bürgerkrieg nach sich ziehen würde. Das hatte schon Marx gelehrt. Die verschiedenen Sozialisten zogen nur verschiedene Schlüsse: Mehrheitssozialdemokraten und große Teile der Unabhängigen waren auch

37 Vgl. Scharrer, Manfred: „Freiheit ist immer ...“. Die Legende von Rosa & Karl. Berlin 2002, S. 102 ff. (Neu verlegt: eBook, London 2016)

38 Luxemburg, Rosa: Die Nationalversammlung. In: Gesammelte Werke, Bd. 4, S. 409.

39 Ebd.

40 Luxemburg, Rosa: Der Parteitag der Unabhängigen SP, S. 427.

41 Luxemburg, Rosa: Die Nationalversammlung, S. 409.

42 Ebd.

43 Luxemburg, Rosa: Was will der Spartakusbund?, S. 447.

deshalb für die Nationalversammlung, weil sie unter allen Umständen einen Bürgerkrieg vermeiden wollten. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht hingegen bejahten emphatisch den Bürgerkrieg. Rosa Luxemburg bezeichnete die Nationalversammlung als „feigen Umweg“ und „Verrat am Klassenkampf“, begangen von jenen, die sich aus Mangel an Mut um den unvermeidlichen Bürgerkrieg herumdrücken wollten.

Das Spartakusprogramm ist von kaum zu überbietender Klarheit: Der absehbare Widerstand der Bourgeoisie gegen ihre politische und soziale Entmachtung müsse „mit eiserner Faust, mit rücksichtsloser Energie“ gebrochen werden, das Volk müsse bewaffnet, die herrschenden Klassen entwaffnet werden, der Sieg des Proletariats könne nur in einem Bürgerkrieg erkämpft werden: „Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen, und die proletarische Revolution muß sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstzeug bereiten, sie muß lernen, es zu gebrauchen - zu kämpfen und zu siegen.“<sup>44</sup> Und in diesem Zusammenhang steht dort der Satz: „Eine solche Ausrüstung der kompakten arbeitenden Volksmasse mit der ganzen politischen Macht für die Aufgaben der Revolution, das ist die Diktatur des Proletariats und deshalb die wahre Demokratie.“

Damit keine Zweifel bleiben, wie das gemeint sein könnte, fügte Luxemburg in ihrer Schrift hinzu, dass nicht im Parlament, sondern „dort, wo die millionenköpfige Proletariermasse die ganze Staatsgewalt mit schwieliger Faust ergreift, um sie wie der Gott Thor seinen Hammer den herrschenden Klassen auf Haupt zu schmettern, dort allein ist die Demokratie, die kein Volksbetrug ist.“<sup>45</sup> Der letzte Satz des Spartakusprogramms lautet: „dem Feinde das Wort: Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust!“

Es ist Rosa Luxemburgs origineller Beitrag zur Demokratiediskussion, die wahre Demokratie in der Diktatur des Proletariats zu erblicken, die ihre ganze Herrlichkeit dazu noch in einem Bürgerkrieg entfaltet. Aus der Geschichte ist kein Beispiel eines Bürgerkrieges bekannt, der sich in diesem Sinne interpretieren ließe. Bürgerkriege zeichneten sich vor allem durch scheußlichste Gewaltverbrechen aus, durch Recht- und Gesetzlosigkeit und einem unvorstellbaren Elend gerade unter den Ärmeren. Und vor ihren Augen tobte gerade ein solcher Bürgerkrieg in Russland mit allen Scheußlichkeiten und Verbrechen, die sich denken lassen.

Es gibt von Rosa Luxemburg selbst keinen Hinweis, was ihren Gesinnungswandel bewirkt hat. Er bleibt ein Rätsel. Die Versuche ihre Mitstreiter, eine Erklärung zu liefern, sind wenig überzeugend. So wenn Levi behauptet, sie hätte ihre Kritik an den Bolschewiki nie geändert, oder Zetkin, die behauptet, Rosa Luxemburg hätte eben nach ihrer Haftentlassung schnell dazugelernt.

Immerhin, es ist bemerkenswert, dass Luxemburg im gesamten Spartakusprogramm jeden Hinweis auf eine etwaige Anleihe bei den Bolschewiki vermeidet. Und ganze Passagen lesen sich als indirekte Kritik am bolschewistischen Lehrstück und jeder Eingeweihte wusste, dass sie so gemeint waren. Unabhängig davon ist es schon erstaunlich, dass nach all den Kraftsprüchen zum Bürgerkrieg und zur Diktatur dann Sätze folgen wie diese: „Sie (die proletarische Revolution) ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der großen Millionenmasse des Volkes [...].“

Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland. [...] Der Sieg des Spartakusbundes steht nicht am Anfang, sondern am

---

44 Ebd., S. 446.

45 Ebd., S. 447.

Ende der Revolution: Er ist identisch mit dem Siege der großen Millionenmassen des sozialistischen Proletariats.“<sup>46</sup>

War ihre Kritik an den Bolschewiki im Manuskript *Zur russischen Revolution* durch die extreme Widersprüchlichkeit zwischen dem gleichzeitigen Bekenntnis zur Demokratie und Diktatur gekennzeichnet (Konstituante und Räte), so ist dieser Widerspruch im Spartakusprogramm zwar beseitigt zugunsten der eindeutigen Ablehnung der bürgerlichen Demokratie, jedoch werden dem eindeutigen Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats und zum Bürgerkrieg Formulierungen gegenübergestellt, die wiederum demokratisch anmuten und terroristische Gewalt ablehnen und neue Widersprüchlichkeit stiften.

Dies wäre noch harmlos, wenn ihre politische Praxis, siehe weiter unten, in den folgenden Wochen nicht völlig eindeutig gewesen wäre und nicht im krassen Gegensatz zu den glänzenden Formulierungen zu Demokratie und Putschismus gestanden hätte. Das Spartakusprogramm legt nahe, dass Rosa Luxemburg die Form der Diktatur des Proletariats ablehnte, wie sie die Bolschewiki in Russland als Einparteiendiktatur durchgesetzt hatten. Ihre Ausfälle und die ihrer Gesinnungsgenossen gegen die Führer der Mehrheitssozialdemokratie und der Unabhängigen lassen aber befürchten, dass sie gedanklich den bolschewistischen Weg zur Einparteiendiktatur bereits eingeschlagen hatte. Dem Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte stellte sie folgerichtig die Aufgabe: „1. Er (der Kongress, M.S.) muß das Nest der Gegenrevolution, er muß die Stelle, an der alle Fäden der gegenrevolutionären Verschwörung zusammenlaufen, er muß das Kabinett Ebert-Scheidemann-Haase beseitigen.“<sup>47</sup>

In der Folge aber muss Luxemburg betrübt zur Kenntnis nehmen, dass sich weder in der USPD – deren Mitglied sie und ihre Freunde ja sind – noch auf dem Rätekongress Mehrheiten für das zentrale Anliegen des Spartakusbundes finden lassen: Auf der Verbandsgeneralversammlung der USPD von Groß-Berlin (15.12.1918) erhielt die Resolution pro Nationalversammlung 485 Stimmen, die Resolution von Rosa Luxemburg contra Nationalversammlung 195 Stimmen. Der Räte-Kongress einen Tag später sprach sich mit überwältigender Mehrheit für die Einberufung einer Nationalversammlung aus und damit für eine allgemein demokratische Republik. Eine Diktatur des Proletariats wurde abgelehnt (344:98). Er bestätigte die Koalitionsregierung aus MSPD und USPD und bestimmte den 19. Januar zum Wahltag für die Nationalversammlung.

Rosa Luxemburg beschimpft die Delegierten nun als „williges Werkzeug der Gegenrevolution“ und als „Eberts Mamelucken“<sup>48</sup> und agitiert weiter ungehemmt für die Verhinderung der Nationalversammlung. Sie behauptet, die Delegierten hätten die Revolution verraten, und sie versucht, die Delegierten gegenüber einem imaginären Proletariat auszuspielen. Nach dieser Logik sind Räte nur solange gut, solange sie die Meinung von Spartakus teilen, wenn sie aber die Meinung von MSPD und USPD teilen, dann sind sie konterrevolutionär.

Angeblich habe der Kongress mit seiner Entscheidung dem wahren Proletariat den „Kampf bis aufs Messer gegen die Regierung der Gegenrevolution als unausweichliche Lebensfrage vordemonstriert.“<sup>49</sup> Dieser Kampf gegen die sozialdemokratischen Brüder in der Regierung, die sie schlicht als Gegenrevolutionäre brandmarkte, sollte natürlich zum Wohle der „höchsten Ziele der Menschheit“ geschehen – auch da liegt die faktische Gemeinsamkeit mit den Bolschewiken auf der Hand. Entscheidend ist jedoch, dass den

46 Ebd., S.445 ff.

47 Ebd., S. 454.

48 Luxemburg, Rosa: Eberts Mamelucken, S. 466 ff.

49 Luxemburg, Rosa: Ein Pyrrhussieg, S. 472.

zentralen Programmpunkt der Bolschewiki, die Abschaffung der bürgerlichen Demokratie und die Errichtung einer Klassendiktatur, übernimmt. Dies kennzeichnet, wie schon bei den Bolschewiki, den grundsätzlichen Bruch mit der Geschichte der demokratischen sozialistischen Arbeiterbewegung. Sie bestätigte damit den Bolschewismus-Vorwurf in einem ganz entscheidenden Punkt.

### *Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung erhält eine neue Grundlage*

Die Forderung nach einer politischen Klassendiktatur stellte die Spaltung der Arbeiterbewegung auf eine neue thematische Grundlage, die alle Hoffnungen zunichte machte, nach dem Kriegsende wieder zur alten Einheit zurückkehren zu können. Die Spaltung der Arbeiterbewegung beginnt erst mit diesem Bruch, unversöhnlich zu werden. Die Gründung der KPD zum Ende des Jahres 1918 ist nur noch die organisatorische Konsequenz dieses inhaltlichen Bruches – nachdem die Abstimmungen in der USPD und in den Räten gezeigt hatten, dass Spartakus eine im Grunde einflusslose Sekte innerhalb der sozialdemokratischen Organisationen geblieben ist.

Rosa Luxemburg ist sich der Tragweite ihrer Wendung bewusst, und sie widmet ihr Grundsatzreferat auf dem Gründungsparteitag der KPD dem Versuch, die Hinwendung zur Diktatur des Proletariats als Bruch mit dem Erfurter Programm der Sozialdemokratie theoretisch zu rechtfertigen bzw. zu begründen. Ihr Spartakusprogramm wurde von den Delegierten des Gründungsparteitags übernommen. Konsequenterweise distanziert sich der Spartakusbund nun auch von dem Namen Sozialdemokratie und nennt sich hinfort Kommunistische Partei Deutschlands – auch das kann nur als Hinwendung zum Bolschewismus interpretiert werden, nachdem die Bolschewiki vorher den Namen sozialdemokratisch ebenfalls getilgt hatten und sich seit 1918 Kommunistische Partei Rußlands KPR (B) nannten.<sup>50</sup>

### *Putschversuche der KPD*

Der Rätekongress, die Abstimmungen zu den Delegiertenwahlen und die Beschlüsse waren eindeutig: Die deutsche Arbeiterbewegung wollte in überwältigender Mehrheit nach dem Ende des Krieges nicht den Weg des Spartakusbundes und der Bolschewiki gehen. Jedoch ernüchterten diese Fakten jene extreme Minderheit nicht, die sich dem bolschewistischen Modell angenähert oder verschrieben hatten. Das Faszinierende daran war ja gerade, dass man in einer günstigen machtpolitischen Konstellation als kleine Minderheit mit einem Putsch die politische Macht erobern konnte. Auch wenn sich der Einfluss der bolschewistischen Revolution auf die deutsche Arbeiterbewegung nicht quantifizieren lässt, der Januarputsch, auch Spartakusaufstand genannt, und die folgenden Putschversuche der KPD wären ohne das anfeuernde Beispiel der Bolschewiki undenkbar gewesen.

Der Rätekongress hatte sich eindeutig für die Nationalversammlung ausgesprochen und Wahlen angesetzt, doch die radikale Linke akzeptierte diese Entscheidung nicht. Sie versuchte, die Wahlen noch zu verhindern, und Anfang Januar 1919 ergab sich eine Gelegenheit zum Handeln. Am 4. Januar wurde der Berliner Polizeipräsident Emil Eichhorn (USPD) durch den preußischen Innenminister Paul Hirsch (MSPD) entlassen. Eichhorn weigerte sich jedoch, seinen Posten zu räumen. Der Zentralvorstand der Berliner USPD, die Revolutionären Obleute und die Zentrale des Spartakusbundes (KPD) riefen daraufhin zu einer Protestdemonstration gegen die Entlassung Eichhorns auf. Die

---

<sup>50</sup> Vgl. auch Scharrer, Manfred: Von Erfurt nach Moskau. Ein ideengeschichtlicher Beitrag zu den Ursachen und Folgen der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung 1914–1919. In: Ebbighausen, Rolf/Tiemann, Friedrich (Hrsg.): Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland. Ein Diskussionsband für Theo Pirker. Opladen 1984.



*Die Besetzer im Zeitungsviertel während des Januarputsches 1919*

*Bildquelle: DHM*

Beteiligung war überwältigend, was die Zahl der Teilnehmer betrifft, und vor allem auch in der Wirkung auf die Initiatoren der Veranstaltung: Sie gründeten einen Revolutionausschuss, und dieser beschloss noch in der Nacht vom 5. auf den 6. Januar, die Revolutionsregierung zu stürzen, das heißt zu verhaften und militärisch wichtige Gebäude zu besetzen. Den Vorsitzenden des Vollzugsrats der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte Richard Müller erinnerte das Ganze an ein „Narrenspiel“.

Rosa Luxemburg war diejenige, die den Putsch in den schrillsten Tönen unterstützte. Am 6. Januar schrieb die *Rote Fahne*: „Die Reden mündeten alle aus in die Losung: Die revolutionären Arbeiter und Soldaten Berlins halten das Polizeipräsidium, sie werden mit Aufbietung der äußersten Machtmittel kämpfen, wenn man ihnen diese Position zu entreißen sucht. Sie fordern sofortige Bewaffnung der Arbeiter, Bildung einer Roten Garde, Entwaffnung der Gegenrevolutionäre. Der Sturz der Ebert-Regierung ist Lebensfrage der Revolution.“<sup>51</sup> Als die USPD ihre Vermittlung anbot, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, lehnte Rosa Luxemburg ab. Sie forderte die Putschisten sogar auch dann noch zum Durchhalten auf, als längst feststand, dass das ganze Unternehmen gescheitert war.

---

<sup>51</sup> Rote Fahne, Nr. 6, vom 6.1.1919.

Die Begeisterung der Berliner, gegen die Revolutionsregierung zu demonstrieren, war inzwischen abgekühlt. Nur kleinere Demonstrationen wurden noch gesichtet. Dafür nahmen die Schießereien und die Anzahl der Opfer zu. Jetzt entwickelte sich eine Bewegung „von unten“ auf Betriebsebene. Gefordert wurde die Einigung der Arbeiter aller Richtungen und zwar über die Köpfe der Führer hinweg. Es fanden in einer großen Anzahl der Berliner Betriebe Belegschaftsversammlungen statt, die alle die gleichen Forderungen aufstellten: Ende des Blutvergießens, Einigung der Arbeiter über die Köpfe der „kompromittierten“ Führer hinweg, Rücktritt dieser Führer, womit sowohl Ebert und Scheidemann als auch Ledebour, Liebknecht und Eichhorn gemeint waren. Über zweihunderttausend Arbeiter hatten sich in wenigen Tagen dieser Einigungsbewegung angeschlossen. Während die Schlagzeile des USPD-Zentralorgans Freiheit lautete: „Einhalt dem Brudermord!“ und „Die Massen für Verständigung“, titelte die *Rote Fahne*: „Auf zum Generalstreik - Auf zu den Waffen!“ Für Rosa Luxemburg war der Versuch der Berliner Arbeiter, dem „Brudermord“ Einhalt zu gebieten, nur ein von der USPD „inszenierter Einigungsrummel“.<sup>52</sup>

Als – reichlich spät – am 10. Januar auch Rosa Luxemburg einsehen musste, dass der Putsch gescheitert war, ist bei ihr nicht der Hauch einer Selbstkritik zu spüren. Sie versucht statt dessen, die Schuld am Scheitern des Putsches der USPD in die Schuhe zu schieben. Vollkommen unbeeindruckt von der Katastrophe, die sie mit angerichtet hat, nimmt sie jedoch eine Kurskorrektur für den Spartakusbund vor. Galt bisher, dass auf dem Weg zum Sozialismus erst die Mehrheitssozialdemokratie beseitigt werden müsse, bevor man der Bourgeoisie ans Leder gehen könne, so verkündet sie nun, dass sich der Weg zum Ziel verlängere: Bevor man die Mehrheitssozialdemokraten beseitigen könne, müsse erst noch die USPD beseitigt werden: „Vor allem aber muß die nächste Zeit der Liquidierung der USP, dieses verwesenden Leichnams, gewidmet werden, dessen Zersetzungsprodukte die Revolution vergiften [...] die Abrechnung mit den Scheidemännern setzt voraus die Liquidierung der USP, die als Schutzwall der Ebert-Scheidemann fungiert.“<sup>53</sup> Angesichts Millionen verwesender Leichname auf den Schlachtfeldern Europas lässt diese enthemmte Wortwahl nicht die zartfühlende Frau erkennen, als die sie ihre Freunde glaubten darstellen zu sollen. Das war sie sicherlich auch – aber eben nicht nur – und in ihrer politischen Praxis schon gleich gar nicht. Rosa Luxemburgs überzogene Rhetorik unterscheidet sich, die Entgleisungen betreffend, wenig von der Lenins.

Ihre und Liebknechts Ermordung am 15. Januar 1919, für die die sozialdemokratische Revolutionsregierung die politische Verantwortung übernehmen musste, verlieh beiden die „Gloriole des politischen Märtyrertums“ und erschwerte hinfort eine Kritik an ihrer Politik erheblich. „Doch wer zur bittersten aller Auseinandersetzungen, zum Bürgerkrieg, antritt, ja ihn sogar initiiert, begibt sich wissentlich in jene Gefahr, in der er jederzeit umkommen kann: im militärischen Kampf oder vor dem Peloton eines Kriegsgerichts. Für den Heiligenschein der Ikone sind solche Figuren nicht geeignet.“<sup>54</sup>

Gegen welche Mehrheiten der Kampf gegen die Demokratie und der Putschversuch im Januar gerichtet war, zeigen die Wahlen zur Nationalversammlung wenige Tage später, am 19. Januar 1919: Die MSPD erhielt 37,9 Prozent und die USPD 7,6 Prozent der Stimmen, Zentrum und BVB 19,67 Prozent, die DDP 18,56 Prozent und die DNVP 10,27 Prozent Stimmen. Die KPD hatte sich an den Wahlen zur Nationalversammlung nicht beteiligt, ihre Stärke zeigte sich 1920 bei der ersten Reichstagswahl: Sie erhielt 2,09 Prozent der Stimmen.

---

52 Luxemburg, Rosa: Das Versagen der Führer, S. 526.

53 Ebd., S. 528

54 Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, 4. Bd., München 2003, S.537.



Der politisch verantwortungslose Putsch gegen die sozialdemokratische Revolutionsregierung führte nicht zur Ernüchterung jener extremen Linken, die glaubten, mit Putsch die Deutschen und die Menschheit beglücken zu müssen. Im Gegenteil, im März noch einmal in Berlin, in der Bremer- und Münchener Räterepublik, beim Kapp-Putsch und dann in der „Märzaktion“ 1921 glaubten die dem militanten Zauber des Staatsreiches Erlegenen wider alle Vernunft, gegen die Regierung losschlagen zu können.

Unabhängig von der Frage, ob es für Sozialisten grundsätzlich erstrebenswert sei, mit einem Putsch die politische Macht zu erobern, läge es nahe, sollte man sich dazu entschlossen haben, über ein Erfolgskriterium zu verfügen. Dass die politischen Zustände in Deutschland sich wesentlich von denen in Russland unterschieden und die Möglichkeit eines erfolgreichen Putsches von links nur für Hasardeure glaubhaft gegeben war, hätte jeder halbwegs politisch denkende Mensch ohne weiteres erkennen können. Doch für manche Zeitgenossen waren bereits chaotische Situationen – die alte Ordnung war zeitweise zusammengebrochen, es ging drunter und drüber – ein hinreichendes Kriterium, dass man mit putschistischen Aktionen eine Dynamik lostreten könne, die den weiteren Zerfall des Staates verhießen. Das Beispiel der Bolschewiki stand ihnen leuchtend vor Augen. Es waren jedoch vergleichsweise wenige, die bereit waren, auch über Leichen zu gehen. Für die überwältigende Mehrheit innerhalb der Arbeiterschaft war es vernünftiger, alles zu tun, um einen Bürgerkrieg zu vermeiden, und das hieß, das Festhalten an der demokratischen Republik und weiterhin die schnellstmögliche Einberufung einer Konstituante.

München war deshalb auch ein besonders eindrucksvolles Lehrstück eines abenteuerlichen Putschismus, weil die KPD sich erst von Räterepublik distanzierte – und als offenkundig war, dass sie scheiterte, sich an ihre Spitze gestellt hatte.<sup>55</sup> Um zu verstehen, warum die KPD die Münchner Räterepublik zunächst als „anarchistische Mißgeburt eines literarischen Kaffeehauszirkels“ bezeichnete, sei auf die rücksichtslose autobiographische Darstellung von Oskar Maria Graf hingewiesen.<sup>56</sup>

#### *Diskussion über Putschismus in der KPD*

Die Münchner Räterepublik ist isoliert geblieben und wurde blutig von Regierungstruppen niedergeschlagen. Paul Levi, der Nachfolger Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts in der Parteiführung der KPD, versuchte nach dem Desaster, gegen den Putschismus in den eigenen Reihen vorzugehen.<sup>57</sup> Er begann zunächst, die politische, das heißt die argumentative Auseinandersetzung mit dem putschistischen Flügel in den eigenen Reihen zu suchen und fasste die Erfahrung der Aufstandsversuche wie folgt zusammen.

„Ein Irrweg war der Glaube, ein paar stürmende Vortruppen des Proletariats könnten das Werk des Proletariats vollenden. Berlin und Leipzig, Halle und Erfurt, Bremen und München haben diesen Putschismus durch die Tat widerlegt und haben gezeigt: Nur die gesamte Klasse der Proletarier in Stadt und Land kann die politische Macht über die Bourgeoisie und kann den Kommunismus an Stelle des Kapitalismus gewinnen.“<sup>58</sup>

---

55 Vgl. dazu die Analyse bei Kolb, Eberhard: Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919. Düsseldorf 1962.

56 Graf, Oskar Maria: Wir sind Gefangene, Neuauflage. München 1978.

57 Vgl. detaillierte Darstellung in: Scharrer, Manfred: Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung. Stuttgart 1983, S. 221 ff.. Neu verlegt: eBook, London 2016.

58 Levi, Paul: Reinigung. In: Die Internationale, Heft 15/16, Nov. 1919, S. 283.

Er wendet sich auch gegen die geläufige Rechtfertigung der gescheiterten Putschversuche, dass auch Niederlagen wertvoll seien: „Seit den Berliner Schlachttagen des Januar und März 1919, seit dem Ausgang von München und Ungarn ist mein Glauben an die Wundertätigkeit der Niederlage erschüttert. [...] Ich empfinde Ungarn wie München als einen Passiv, keinen Aktivposten der Weltrevolution und kann mich nicht davon überzeugen, daß es kommunistische Führung sei, so die Aktionen zu treiben, als sei es gleichgültig, ob ein Aktiv oder ein Passiv-Posten herauskommt, geschweige denn, daß ich sagen könnte: man muß auch eine Niederlage herbeiführen, wenn man keinen Sieg beiführen kann; denn auch die Niederlage hat ja ihr Gutes.“<sup>59</sup>

Dafür, dass sich das Bild vom Bolschewismus für die überwältigende Mehrzahl der deutschen Bürger immer mehr verdüsterte, hatte der Geiselmord durch Mitglieder der Roten Garde besondere Bedeutung.<sup>60</sup> Dass hier zum ersten Male in Deutschland die von den Bolschewiken angewandte Methode des Geiselmordes nachgeahmt wurde, schien evident. Levi suchte jedoch nicht nur die diskursive Auseinandersetzung, sondern drängte die putschistische und antiparlamentarische Richtung mit fragwürdigen Methoden aus der Partei und nahm in Kauf, dass sich die Mitgliederzahl der noch jungen Partei halbierte (zum Zeitpunkt des 2. Parteitages wurde ca. 100 000 Mitglieder gezählt). Besonders schmerzlich dürfte der Verlust fast der gesamten Berliner Organisation mit ihren 12 000 Mitgliedern gewesen sein. Ernst Friesland (der Deckname von Ernst Reuter) wurde dann beauftragt, in Berlin wieder neue Mitglieder anzuwerben. „Langsam entstand wieder eine kleine Organisation; beim nächsten Parteitag, im Februar 1920, waren es immer noch erst 800.“<sup>61</sup>

Doch damit hatte Levi noch lange nicht den mit der Methode des Staatsstreichs liebäugelnden Flügel aus der Partei gedrängt. Entscheidend war, dass diese Auseinandersetzung aber nun von den Bolschewiki selbst maßgeblich beeinflusst wurde. Mit Karl Radek, einem der Vertrauensleute von Lenin aus dem Schweizer Exil, griff der Vertreter der Bolschewiki in Deutschland massiv publizistisch und hinter den Kulissen direkt in die interne Auseinandersetzung ein.

### *Die Kommunistische Internationale*

Das alles hätte der siechen KPD (S) vielleicht nicht auf die Beine geholfen, wenn da nicht die wachsende Zuneigung zur bolschewistischen Revolution auf dem linken Flügel der USPD gewesen wäre. Diese Leute drängten darauf, dass die USPD sich der gerade gegründeten Kommunistischen Internationale anschließen sollte. Zentrales Datum war dabei der 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale (KI, oder auch Kominintern). Auf diesem Kongreß vom 19. Juli bis 7. August 1920 in Moskau sollte eine internationale Organisation geschmiedet werden, die eine schlagkräftige zentralistische Leitung in Moskau hatte und nach dem Prinzip des Demokratischen Zentralismus, sprich nach Prinzipien von Disziplin und Gehorsam strukturiert war. Zu diesem Zwecke hatten die Bolschewiki 21 Aufnahmebedingungen formuliert, die jede Partei unterschreiben musste, die sich anschließen wollte. Die Bolschewiki waren mittlerweile der Überzeugung, dass das Ausbleiben der Revolution in Westeuropa auf ein Versagen der sozialistischen Parteien zurückzuführen sei. Ein Übertragen der spezifisch russischen Erfahrungen, glaubten sie, würde aber auch hier revolutionäre Ergebnisse zeitigen.

---

59 Ebd., S. 40.

60 Vgl. Jones, Mark: Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik. Berlin 2017, S. 293 ff.

61 Brandt, Willi/Löwenthal, Richard: Ernst Reuter. München 1957, S. 130. Zum Zustand der Partei insgesamt nach der Spaltung vgl. den Geschäftsbericht von Eberlein auf dem 3. Parteitag. Hieraus ergibt sich auch die Gesamtzahl der Mitglieder nach der Spaltung von ca. 50 000.

Die monströse Idee von einer Zentrale, die die Weltrevolution lenken und leiten sollte, konnte sich, oberflächlich betrachtet, auch noch auf Rosa Luxemburg und ihre Leitsätze zum Aufbau einer neuen Internationale beziehen, die vor allem eines beabsichtigten: die Autonomie der nationalen Parteien radikal zu brechen zugunsten einer umfassenden Entscheidungskompetenz einer internationalen Führung. Genau dieser Gedanke ist äußerlich gesehen in der Kommunistischen Internationale verwirklicht worden. So heißt es dort in der Präambel zu den Statuten: „Die Kommunistische Internationale muß wirklich und in der Tat eine einheitliche Kommunistische Partei der ganzen Welt darstellen. Die Parteien, die in jedem Lande arbeiten, erscheinen nur als ihre einzelnen Sektionen.“<sup>62</sup>

Was dieses zentralistische Organisationsmodell so verhängnisvoll machte, war, dass die Bolschewiki sich über das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) einen überproportionalen Einfluß gesichert hatten.<sup>63</sup> Die Politik der KI bestimmte hinfort nur eine Partei. Doch ihren Bewunderern war dies nicht problematisch. Sie schlossen sich der KI gerade deshalb an, weil sie sich der Führung der Bolschewiki unterstellen wollten.

Es mag zwar sein, dass Levi in den 21 Aufnahmebedingungen ein „größenwahnsinniges Dokument“ sah, „das von der Annahme ausging, daß historisch gewordene Parteien durch einen Führerbefehl von Moskau nach Moskauer Vorstellungen umgeformt werden könnten, so wie Ingenieure unbelebten Massen beliebige Formen geben können“<sup>64</sup>, jedoch hatte diese Einschätzung in seinem Protest keine Entsprechung gefunden. Levis Kritik an den Aufnahmebedingungen richtete sich nicht gegen die Übertragung der bolschewistischen Organisationsprinzipien und richtete sich auch nicht gegen die damit verknüpften Vorstellungen von einer revolutionären Politik, sondern nur dagegen, dass in einem ersten Schritt die sozialistischen Parteien der anderen Länder gespalten werden sollten, da in der revolutionären Komintern für reformorientierte Parteien und Gruppen kein Platz war. Lenin wollte vor allem keine „Zentristen“ in der KI haben, das heißt für Deutschland, keine USPD-Mitglieder wie Kautsky.

Levi hatte aber keine Chance, seine Kritik innerhalb der KPD durchzusetzen. Auf dem linken Flügel der USPD waren mittlerweile viele Mitglieder zu begeisterten Anhängern der bolschewistischen Revolution geworden. Die Aufnahmebedingungen und die Unterwerfung unter die Führung der Bolschewiken konnten sie nicht mehr schrecken und auch nicht die Spaltung ihrer eigenen Partei, die sich dann auch vollzog, als sich der revolutionäre Flügel innerhalb der USPD von den „Reformisten“ abwandte und der Komintern beitrug.

Wheeler hat diesen Prozess der wachsende Begeisterung für die russische Revolution und das damit zusammenhängende Drängen auf einen Eintritt in die Kommunistische

---

62 Statuten der Kommunistischen Internationale. In: Braunthal, Julius: Geschichte der Internationale (Band 2), Hannover 1963, S. 554.

63 § 8 der Statuten der Kommunistischen Internationale lautet: „Die Hauptarbeit des Exekutivkomitees lastet auf der Partei des Landes, wo auf Beschluß des Weltkongresses das Exekutivkomitee seinen Sitz hat. Die Partei des betreffenden Landes entsendet fünf ihrer Vertreter in das Exekutivkomitee mit beschließender Stimme. Außerdem entsenden die zehn bedeutendsten Kommunistischen Parteien, deren Liste von dem ordentlichen Weltkongreß bestätigt wird, je einen Vertreter mit beschließender Stimme in das Exekutivkomitee. Den anderen, in die Kommunistische Internationale aufgenommenen Organisationen und Parteien steht das Recht zu, je einen Vertreter mit beratender Stimme in das Exekutivkomitee zu delegieren.“ (Zitiert nach Braunthal, Julius: Geschichte der Internationale, S. 555).

64 Geyer, Curt: Die revolutionäre Illusion. Stuttgart 1976, S. 202.

Internationale genau und ausführlich beschrieben.<sup>65</sup> Entscheidend für diesen Prozess dürfte die zunehmende Enttäuschung über die Resultate der deutschen Revolution und insbesondere über das Unvermögen der Weimarer Koalition gewesen sein, die wirtschaftlichen Forderungen des linken Flügels der Arbeiterschaft zu erfüllen. Sozialisierung, Räte, Mitbestimmung waren unerfüllte Versprechungen geblieben. Kurzschlüssig wurde dies alles auf das Konto der demokratischen Regierungsform gebucht.

Insgesamt findet eine Linksentwicklung innerhalb der Arbeiterschaft statt, die sich deutlich an den Wahlergebnissen vom 6. Juni 1920 ablesen lässt (die USPD erhielt 17,6 Prozent der Stimmen, die KPD 2,1 Prozent, die SPD verlor 16 Prozent und erreichte nur noch 21,9 Prozent). Innerhalb der USPD bedeutete die Hinwendung zur Kommunistischen Internationale die Abkehr von den demokratischen Prinzipien der Sozialdemokratie des Erfurter Programms, die Abkehr von der demokratischen Republik und die Hinwendung zu einer Klassendiktatur. Ernst Däumig, Führer des linken Flügels der USPD, hat dies auf dem Vereinigungsparteitag in diesem Sinne begründet: Er meinte, die USPD folge damit einem Weg, den Rosa Luxemburg exemplarisch vor ihnen eingeschlagen hatte. Die Grundsätze des Erfurter Programms seien überholt, es gelte das Programm der Kommunistischen Internationale. Hierin wäre das Problem erkannt und den „demokratischen Forderungen die Forderung der Diktatur des Proletariats gegenüber“ gestellt worden.<sup>66</sup> Däumig bezeichnete es als eine der wichtigsten Aufgaben der Vereinigten Kommunistischen Partei (VKPD), die demokratischen Illusionen aus den Proletarierköpfen zu vertreiben.

Die Begeisterung bei den intellektuellen Wortführern auf dem linken Flügel der USPD für die russische Revolution war auch genährt durch den Umstand, dass die Bolschewiki als kleine Minderheit die staatliche Macht erobern und sogar behaupten konnten. Der Anschluss an die KI wurde von ihnen ganz bewusst betrieben als die Hinwendung zum Leninschen Avantgarde- und Revolutionskonzept. Es war die Entscheidung für diesen russischen Weg, die die Frage des Anschlusses an die Internationale zum Springpunkt der Auseinandersetzung innerhalb der USPD machte. Dabei galt selbst für die Kritiker der bürokratischen Organisationsstruktur, dass die Führung der Bolschewiki in der Internationale grundsätzlich unumstritten war. Levi bestimmte die Stellung der deutschen Partei in der Internationale als „das Glied, das bestimmt ist zum Arm neben dem Kopf Sowjetrußland“.<sup>67</sup> Däumig hat den Anschluss an die KI mit der Notwendigkeit begründet, endlich unter die Führung der Bolschewiki zu kommen: „Das eine aber steht fest. In dieser Internationale ist Rückgrat und Kopf die kommunistische Partei Rußlands (sehr richtig) und sie kann nach meiner Überzeugung [...] als Lehrmeisterin dienen (Beifall)“.<sup>68</sup> Zum Zeitpunkt, als Levi und Däumig der Führungsrolle der russischen Partei allgemeine Anerkennung zollten, war diese Partei durch ihren Deutschland-Spezialisten Radek bereits dabei, sehr konkret diese Führung ihres deutschen Ablegers wahrzunehmen.

Auf dem Spaltungsparteitag der USPD im Oktober 1920 stimmte von den mit gebundenen Mandaten nach Halle an der Saale angereisten Delegierten die Mehrheit für den Anschluß an die KI, doch von der Gewinnung der Mehrheit der Mitglieder konnte keine Rede sein. Nur ca. 300 000 von den rund 900 000 Mitgliedern gingen zur Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD), 300 000 blieben bei der USPD, und ein

---

65 Vgl. Wheeler, Robert E.: USPD und Internationale. Frankfurt/Main 1975.

66 Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der USPD (Linke) und der KPD (Spartakusbund) vom 4. bis 7. Dez. 1920 in Berlin, S. 42.

67 Ebd., S. 38.

68 Protokoll USPD-Parteitag Halle 1921, S. 104.

weiteres Drittel hatte genug von den Streitereien der feindlichen sozialistischen Brüder und zog sich ganz aus der Partei zurück. Bemerkenswert ist, dass sich nur ca. 25 Prozent der Mitglieder der USPD an der vorangegangenen Urabstimmung über den Anschluss an die Kommunistische Internationale beteiligt haben.<sup>69</sup> Vom Gesichtspunkt der Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse für sozialistische Ziele war die Spaltung der USPD eine Katastrophe bzw. sollte es erst noch so richtig werden. Aus Sicht der KPD war die Spaltung trotz des riesigen Aderlasses bei den USPD-Mitgliedern ein großer Erfolg. Aus der Sekte KPD (S) war nun eine zahlenmäßig ernstzunehmende Partei entstanden.

### *Die Kriegserklärung an vier Fünftel der deutschen Arbeiter*

Diese Partei stellte sogleich Spekulationen darüber an, ob nun jene Stärke erreicht sei, die es erlaube, „auf eigene Faust“ loszuschlagen. Von Bedeutung war, dass diese Antwort auf diese Frage von Karl Radek auf dem Parteitag geliefert wurde: „Die vereinigte Kommunistische Partei hat Kraft genug, um, wo die Ereignisse es erlauben oder es erfordern, auf eigene Faust in Aktionen zu treten.“<sup>70</sup>

Paul Levi hingegen blieb weiterhin seinen integrativen Überlegungen treu: „Die Herbeiführung des Kommunismus auf dem Wege der proletarischen Revolution [...] kann nicht die Aufgabe eines kleinen Teils dieser Klasse oder einer einzelnen Partei sein, sondern sie kann nur die Aufgabe der breiten Masse des Proletariats, der Klasse als solcher sein.“<sup>71</sup> Gemäß dieser Auffassung versuchte er, Brücken zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften und den anderen sozialistischen Parteien zu bauen. Allerdings unglücklicherweise gerade in einem Moment, wo die Kommunistische Internationale damit beschäftigt war, auch die sozialdemokratische Gewerkschaftsinternationale zu spalten und in den nationalen Gewerkschaften kommunistische Fraktionen aufzubauen.

Noch spektakulärer konterkariert wurde Levis Bemühen durch die zeitgleich betriebene Spaltung der Italienischen Sozialistischen Partei durch die Kommunistische Internationale. Levi, der das „Odium der Spalter des Proletariats“ überwinden wollte, sah sich erneut bloßgestellt.<sup>72</sup>

Radek hatte inzwischen in den Führungskreisen der VKPD gewissenhaft gearbeitet, und eine die Politik des EKKI bedingungslos unterstützende Fraktion zusammengebracht. Der Zentralausschuss der KPD stimmte mit Mehrheit gegen die von den beiden Parteivorsitzenden Paul Levi und Ernst Däumig verlangte Verurteilung des Vorgehens der Kominternführung bei der Spaltung der italienischen Sozialisten. Daraufhin traten Levi und Däumig vom Vorsitz der KPD zurück und aus dem Führungsgremium aus. Eine Zäsur. Unter dem Gesichtspunkt, die KPD zu einer realistischen Politik zu orientieren, einer Politik die zumindest die Mehrheitsverhältnisse innerhalb der Arbeiterschaft in Rechnung stellte und nicht auf Putsche gegen demokratisch gewählte Regierungen setzte, bevorzugt gegen sozialdemokratisch geführte, war der freiwillige Rücktritt von Levi und Däumig eine riesige politische Dummheit.

69 Vgl. hierzu besonders die genaue Analyse von Wheeler, Robert E.: USPD, S. 258.

70 Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages, S. 232. Löwenthal interpretiert diese Passage als „a clear, programmatic sanction for minority action, and it was bound to prove all the more explosive because the new members from the USPD were eager to see revolutionary action now they had come under the authentic revolutionary leadership of Comintern.“ (S. 46 f).

71 Levi, Paul: Der Vereinigungsparteitag. In: Rote Fahne, Nr. 25, vom 4.12.1920.

72 Vgl. meine Darstellung in: Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, S. 265 ff.

Dies sollte sich unmittelbar zeigen: Anfang März 1921 zeichnete sich auf der Londoner Konferenz der Alliierten, die über die Zahlungsweise der deutschen Reparationsleistungen entscheiden sollte, ein Scheitern der Verhandlungen ab. Die deutschen Vorschläge wurden als indiskutabel abgelehnt. Umgekehrt lehnte die deutsche Regierung es ab, die Bedingungen der Alliierten zu erfüllen. Daraufhin wurde die Besetzung der Städte Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf sowie die Errichtung einer neuen Zollgrenze entlang der Rheinlinie angedroht. Am 7./8. März hatten die französische und englische Regierung die Drohung des Londoner Ultimatums wahrgemacht. Innenpolitisch stand die Volksabstimmung in Oberschlesien an, die darüber zu entscheiden hatte, ob dieses Gebiet zukünftig zu Polen oder zu Deutschland gehören sollte. Für Konflikte sorgte auch die Weigerung der bayerischen Regierung, dem Beschluss der Reichsregierung zu folgen und die Einwohnerwehren „Orgesch“ (Abkürzung für Organisation Escherich) aufzulösen sowie die Ankündigung des sächsischen Oberpräsidenten Hörsing, das mitteldeutsche Industriegebiet mit zusätzlichen Polizeieinheiten zu verstärken, um das angeblich um sich greifende Verbrechen besser bekämpfen zu können.<sup>73</sup>

Der Führung der Kommunistischen Partei verdichtete sich die Zuspitzung der außen- und innenpolitischen Situation wieder einmal zu nur einem Programmpunkt: „Sturz der Regierung.“ Für Heinrich Brandler, den neuen Parteivorsitzenden, gab es keine „Zwischenziele“ mehr. Es galt endlich, die Partei zu einer „Angriffsaktion“ in Bewegung zu setzen. Brandler spekulierte, dass seine Partei nunmehr über 400.000 bis 500.000 Mitglieder verfüge, die zwei bis drei Millionen nichtkommunistische Arbeiter beeinflussen könnten, die dann „in Aktionen, auch in einer Angriffsaktion von uns, unter unserer Parole kämpfen werden.“<sup>74</sup>

Nachdem die KPD zum Angriff geblasen hatte (am 29. März rief die *Rote Fahne* die Arbeiter auf, die Waffen in die Hand zu nehmen), stellte sich schnell heraus, dass das Ganze ein riesiger Flop war. Der Witz der „Offensivtheorie“ war jedoch, dass die KPD gar nicht glaubte, dass sie mit eigener Kraft in der Lage wäre, die Regierung zu stürzen. Sie spekulierte darauf, dass ihre Aktionen ausreichen würden, die innenpolitische Situation so zu verschärfen, dass die politische Rechte gegen die Regierung losschlagen würde. Erst über diesen Umweg hoffte die Parteiführung, die Verhältnisse im Sinne der KPD zum Tanzen bringen zu können.

Da die Arbeiter wenig Neigung zeigten – die KPD rief natürlich auch wieder zum Generalstreik auf –, der KPD zu folgen, versuchte sie nachzuhelfen. Wie dies in Berlin beispielhaft aussah, geht aus einem Bericht der *Roten Fahne* hervor: „Vor dem Sondergericht des Landes Berlin wurde unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Braun gegen fünf arbeitslose Kommunisten verhandelt, die zum Teil in die Betriebe von Ludwig Löwe, zum Teil in die AEG hineingegangen waren, um ihre proletarischen Brüder zur Arbeitsniederlegung aufzufordern. Einige hatten sich auch darauf vorbereitet, wegen der Unaufgeklärtheit eines Teiles der Arbeiterschaft durch energische Maßnahmen die Betriebe stillzulegen. Sie hatten zu diesem Zweck einige Handgranaten mitgenommen.“<sup>75</sup>

Wie es im Bericht weiter heißt, waren die fünf Angeklagten nur ein Teil aus einer Menge von 200 bis 300 Personen, die wegen gleicher Delikte verurteilt werden sollten. Aus der

---

73 Die ursprüngliche Absicht Hörsings wurde dann durch das Eingreifen des preußischen Innenministers Severing nach dem von KAPD-Leuten versuchten Anschlag auf die Berliner Siegestsäule verändert und diente wohl auch zur präventiven Maßnahme gegen einen befürchteten Putsch der Kommunisten. Vgl. dazu die genaue Darstellung bei Angress, Werner T.: Die Kampfzeit der KPD 1921–1923. Düsseldorf 1973, besonders S. 161–171.

74 Protokoll der Zentralausschußsitzung der VKPD vom 17.3.1921, Levi-Nachlass, P 113–22.

75 Zitiert nach Levi, Paul: Was ist das Verbrechen?, S. 23.

ursprünglich beabsichtigten Provokation der Sicherheitspolizei und der Einwohnerwehren war ein Kampf der KPD-Arbeiter gegen die überwältigende Mehrheit der Arbeiterschaft geworden. Dieses Vorgehen stieß bei den Gewerkschaftsfunktionären in der KPD auf Widerstand, den Wilhelm Pieck, zu diesem Zeitpunkt KPD-Abgeordneter im Preussischen Landtag, versuchte mit dem Argument auszuräumen, dass es bei der Aktion gar nicht um die Machtergreifung des Proletariats gehe, sondern letztlich nur darum, die Arbeiter aus ihrer „Lethargie“ und ihrer „politischen Stagnation“ herauszureißen. Das Argument der mangelnden Unterstützung der Aktion durch die anwesende Arbeiterschaft versuchte er mit einem bemerkenswerten Bekenntnis zu entkräften:

„Es wird keinen Kampf geben, den die Kommunisten machen, den sie nicht führen müssen gegen einen großen Teil der Arbeiterschaft. Wenn ihr der Hoffnung seid, die Arbeiter der USP auf eure Seite zu bekommen, da seid ihr Illusionäre. [...] Glaubt ihr, daß die russischen Genossen nicht auch Arbeiter gegen sich gehabt haben. Das werden wir immer haben. Von diesem Gesichtspunkt aus läßt sich kein Kampf führen.“ Er propagierte noch einmal die Taktik der Provokation, „auch auf die Gefahr hin, daß sich ein paar Arbeiter in die Haare geraten und verkloppen“.<sup>76</sup>

Das wollten die Gewerkschaftsfunktionäre der KPD nicht mitmachen. Die unmittelbare Folge davon war, dass Richard Müller und Fritz Wolff ihrer Funktion enthoben wurden.<sup>77</sup> Und wenig später – gemeinsam mit einer Reihe bewährter Gewerkschaftsfunktionäre, die kurz vorher über die USPD erst zur KPD gestoßen waren, – aus der KPD ausgeschlossen wurden. Die KPD verlor damit ihren Einfluß auf die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, kaum dass sie ihn erlangt hatte.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hatte Anfang März 1921 drei „Berater“ (Béla Kun, Samuel Guralski und Jozsef Pogány) nach Deutschland geschickt, die eine wesentliche Rolle in diesem „größten Bakunisten-Putsch der Geschichte“ (Levi) spielten. Wie hoch man ihren Anteil an der Auslösung der Märzaktion auch einschätzen mag – dass sie ihre Vorstellung so spielend durchsetzen konnten, lag daran, dass er bei den neuen Führern der Partei um Heinrich Brandler, die sich im Widerstand gegen Levis antiputschistische Politik zusammengefunden hatten, auf eine Haltung traf, die auf eine revolutionäre Aktion drängte. Was immer das sei. Dass dieser Führung von Moskau etwas aufgezwungen wurde, davon kann keine Rede sein. Die Verantwortung für die Märzaktion tragen zum überwiegenden Teil die verantwortungslosen Führer der deutschen Partei selbst.<sup>78</sup>

Levi ging nach dem Desaster der „Märzaktion“ nun auf Konfrontationskurs. Kern seiner Ausführungen zur Analyse der Märzaktion war, dass die KPD damit einen totalen Bruch

76 Ebd., S. 9. Einen Tag später musste die Zentrale dann den Generalstreik und die Aktion abblasen. Die Märzaktion endete in einem vollständigen Desaster. Über 200 Arbeiter und über 50 Polizisten waren getötet worden. Außerdem gab es über 3 000 Verhaftungen. Die Führung der KPD startete nun eine Propaganda-Kampagne „Der weiße Schrecken ist da!“ und wusch ansonsten ihre Hände in Unschuld. Paul Levi hat in seiner Kritik an der Märzaktion den toten Arbeitern ein Denkmal gesetzt. Zum Verlauf der Aktionen und Kampfhandlungen vgl. Angress, Werner T.: Die Kampfzeit der KPD 1921 – 1923, Düsseldorf 1973, S. 173–203.

77 Richard Müller blieb aber Vorsitzender der kommunistischen Metallarbeiterfraktion im Berliner DMV und fuhr als Delegierter zum Kongress der Roten Gewerkschaftsinternationale im Sommer nach Moskau. Bis zum Unvereinbarkeitsbeschluss des 3. Kongresses der KI schrieb er auch in der Zeitschrift Paul Levis „Unser Weg“.

78 Levi berichtete von einer Unterredung eines Genossen mit ihm und Clara Zetkin (gemeint ist Bela Kun), in der dieser ihnen die gleichen Vorstellungen vortrug, wie sie dann von Brandler in der Zentralausschusssitzung vom 17. März vorgetragen wurden. (Vgl. Levi, Paul: Was ist das Verbrechen – Die Märzaktion oder die Kritik daran?, Rede auf der Sitzung des Zentralausschusses der VKPD am 4. März 1921, als Broschüre gedruckt, Berlin 1921, S. 8).

mit der Tradition des Marxismus und mit der Position Rosa Luxemburgs vollzogen habe. Als „Grundgesetz des Marxismus“ referierte er den Funktionären die Stellen aus dem *Kommunistischen Manifest* über das Verhältnis der Kommunisten zu den übrigen Arbeiterparteien. In seiner eigenen Sprache ausgedrückt hieß das: „Es gibt keinen Kommunismus über die Köpfe der Massen hinweg.“<sup>79</sup> Von dieser Position aus bewertete er die Haltung der Zentrale der VKPD gegenüber den Arbeitern der MSPD und der USPD – ausgedrückt in der Parole „Wer nicht für mich ist, der ist wider mich!“ – als eine „Kriegserklärung an vier Fünftel der deutschen Arbeiter“.<sup>80</sup>

Levi wurde am 15. April aus der VKPD wegen groben Vertrauensbruchs und schwerer Parteischädigung ausgeschlossen.<sup>81</sup>

Schon längst vorher jedoch hatten die einfachen Mitglieder ihr stummes Urteil über die Partei gesprochen: Die Partei verlor bis Mitte 1921 ca. die Hälfte ihrer Mitglieder und zählte nur noch 180 443 Mitglieder.<sup>82</sup> Nach politischem Ermessen hatte die KPD durch ihre verantwortungslosen Putschversuche abgewirtschaftet.

### *Auf Gedeih und Verderb*

Als die KPD 1923 noch einmal ihre Anhänger in einem aussichtslosen Aufstand hineintrieb (Hamburger Aufstand), war dies dann schon eine Entscheidung, die in Moskau getroffen worden war. Aus dem blamablen, wenngleich blutigen Ergebnis zog die KPD die Lehre: „Unsere Partei als Ganzes war noch viel zu unreif, um diese Fehler der Führung zu verhindern. So scheiterte im Herbst 1923 die Revolution am Fehlen einer ihrer wichtigsten Voraussetzungen: dem Bestehen einer bolschewistischen Partei.“<sup>83</sup>

Diesem Mangel wurde in der Folge abgeholfen. Bis 1924 existierten innerhalb der Partei noch so etwas wie demokratische Verfahren, Meinungsunterschiede wurden noch öffentlich ausgetragen, der demokratische Zentralismus und die bürokratischen Unterordnung der Sektion unter die Zentrale der KI in Moskau mußten erst noch durchgesetzt werden. Unter der Parole „Partei neuen Typus“ wurde die „Bolschewisierung der KPD“ vorangetrieben.<sup>84</sup> Es scheint, dass einzig der Mythos der russischen Oktoberrevolution dieser Partei noch Überlebensenergie zuführte, die ihr insbesondere in der Weltwirtschaftskrise neuen Zulauf bescherte. Sie hatte „ihre raison d’être“ und „ihren point d’honneur“<sup>85</sup> nicht im Wohlergehen der deutschen Arbeiterbewegung, sondern ausschließlich im Vollzug bolschewistischer Politik. Sie war letztlich nur noch ein williges Instrument der bolschewistischen Partei, das noch verhängnisvollste politische Richtungsentscheidungen nachvollzog oder nachvollziehen musste. Hingewiesen sei auf die Entscheidung, die Sozialdemokraten unter der Parole „Sozialfaschismus“ als „Hauptfeind“ zu bekämpfen – und dies angesichts der nationalsozialistischen Bedrohung. Die KPD zog

---

79 Es fällt hier der Zwischenruf: „Dann gibt es auch keine Diktatur!“ (ebd., S. 28).

80 Ebd., S. 29. Levi spielt hier auf den Leitartikel der „Roten Fahne“, Nr. 133, vom 20.3.1921 an, der die Überschrift trug „Wer nicht für mich ist, der ist wider mich!“.

81 Ausschlußerklärung der Zentrale der VKPD. In: Rote Fahne, Nr. 169, vom 16.4.1921.

82 Bericht über die Verhandlungen des 3. (8.) Parteitages der KPD, , S. 63.

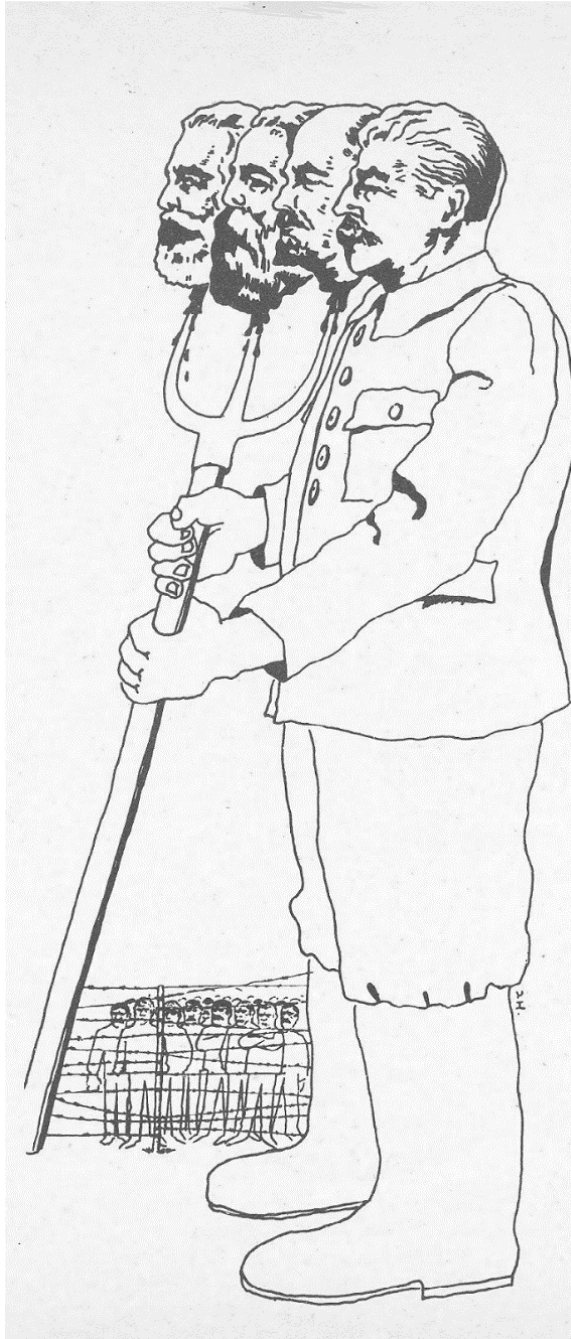
83 Thälmann, Ernst: Die Lehren des Hamburger Aufstandes, 23. Oktober 1925. In: Ausgewählte Reden und Schriften in zwei Bänden, Band 1, Frankfurt/Main 1976, S. 69 ff.

84 Vgl. Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Bd. 1, Frankfurt/Main 1969.

85 Marx kennzeichnete den Unterschied einer politischen Sekte zur Klassenbewegung wie folgt: „Die Sekte sucht ihre raison d’être“ und ihren point d’honneur nicht in dem, was sie mit der Klassenbewegung gemein hat, sondern in dem besonderen Schibboleth, das sie von ihr unterscheidet.“ MEW, Bd. 32, S. 569.



es vor, lieber Aktionsbündnisse mit den Nationalsozialisten zur gemeinsamen Bekämpfung der Sozialdemokraten einzugehen, als mit ihnen die demokratische Republik zu verteidigen. Dass die Kommunisten dann auch noch den Hitler-Stalin-Pakt verteidigen mussten, kennzeichnet den moralischen und politischen Tiefpunkt einer böartigen



Bildquelle: Langer Marsch

Partei, die sich einst die Befreiung der Menschheit an die Fahne geheftet hatte. In welchen Abgrund gläubige und zynische Kommunisten gleichermaßen bereit waren zu gucken, offenbarte Lou Eisler: „Weißt Du, wann unser schönster Tag war? Als Hitler dann endlich den Krieg gegen die Sowjetunion anfang. Am 22. Juli 1942 war unsere Welt wieder in Ordnung!“<sup>86</sup>

Entgegen allen Fakten betrieb die KPD eine phantastische Propaganda für das „Paradies der Werktätigen“. Der Mythos „Oktoberrevolution“ triumphierte in den folgenden Jahren sogar über den stalinistischen Terror, der alles an Schrecklichem in den Schatten stellte, was die Welt bis dahin gesehen hatte. Doch vor der frischen Erfahrung mit dem furchtbaren Grauen des Großen Krieges, der Inflation und einer weltweiten Wirtschaftskrise und einem unübersehbaren Heer von Arbeitslosen mit all dem Elend und der Not im Gefolge, hatten nicht nur die Bolschewiki, sondern die Marxisten überhaupt ein überschaubar-einfaches Erklärungsangebot mit verführerischem Evidenzpotential: Der Kapitalismus/Imperialismus ist schuld. Es gab gute Gründe, den Kapitalismus zu verdammen. Und viele glaubten aufrichtig, die Hoffnung liege im Modell Sowjetunion. Es scheint fast so, dass je schlimmer die Verhältnisse in Sowjetrußland wurden, je brutaler und grausamer Stalins Terror wütete, um so emphatischer neigten besonders Intellektuelle dazu, den Stalinismus zu verklären. Wenn man nicht böse oder niedere Absichten unterstellen will – was in den allermeisten Fällen nicht der Falle sein dürfte –, dann bleibt die ernüchternde Feststellung: Die Fähigkeit des Menschen, unangenehme, ver-

störende Sachverhalte nicht zur Kenntnis zu nehmen, ist frappierend. Da nutzt es wenig mit Kant zu fordern: „Habe Mut, den eigenen Verstand zu gebrauchen.“ Denn meistens stellt sich diese Mutfrage gar nicht. Man ist einhundertprozentig von seiner Sache, seiner Wahrheit, überzeugt.

86 Biermann, Wolf: Warte nicht auf bessere Zeiten!. Berlin 2016, S.147.

Doch für viele der Sprachmächtigen, also Schriftsteller, Dichter, Journalisten, Wissenschaftler, mag sich die Mutfrage schon gestellt haben. Die Verleugnung der eigenen Überzeugung wurde hier als „sacrificium intellectus“ umschrieben. Das klingt nach Weihrauch, hat aber längst nicht dessen beruhigende Wirkung. Wie auch immer, nur allzu wenige haben aufgeschrien, André Gide, ein Unbestechlicher, soll hier beispielhaft genannt werden. Gefragt waren nicht wohlwollende Beschreibungen sowjetischer Wirklichkeit, sondern Jubelchöre. Viel zu viele haben geglaubt, dem Folge leisten zu müssen und „große Gesänge“ angestimmt<sup>87</sup> – als hätte es den „Verrat der Intellektuellen“ (Benda) nie gegeben. Der Kitsch eines Johannes R. Becher kann unberücksichtigt bleiben („Und winkt heran zu sich ein Scheues Reh“). Den Gipfel zynischer Rechtfertigung leninistischer bzw. stalinistischer Gewaltherrschaft erklimmen zu haben, gebührt Bert Brecht. Zur Politik der Bolschewiki fiel ihm die Zeile ein: „Das Brot wird mit solcher Wucht ins Volk geschleudert, daß es viele erschlägt.“<sup>88</sup> Ernst Bloch hatte keine Hemmungen, die Stalinschen Schauprozesse zu verteidigen. Sehr viel später erst distanzierte er sich und stellte die Frage: „Hat sich der Marxismus [...] bis zur Kenntlichkeit oder nur bis zur Unkenntlichkeit verändert?“<sup>89</sup>

Es fällt schwer, die Gründe für diese Verblendung zu benennen. Es gab sicher auch ein leichtgläubiges Hereinfallen auf den von den Bolschewiki selbst geschaffenen Mythos, in Russland würde die Diktatur des Proletariats, der Sozialismus oder Kommunismus errichtet, gepaart mit der Verbundenheit mit der sozialistischen Tradition und dem utopischen Versprechen des neuen Menschen. Und es mag sein, dass die entscheidenden Gründe tiefer liegen: „Es ist die Unfähigkeit, Unbekanntes einzuordnen und sich ein Urteil darüber zu bilden. Als das Regime der Sowjetunion zu Beginn der dreißiger Jahre unter Stalin in Erscheinung tritt, ist es einzigartig in der Geschichte. Etwas Vergleichbares hat es nie gegeben. Nie zuvor auf der Welt hat sich ein Staat zum Ziel gesetzt, seine Landbevölkerung umzubringen, zu verschleppen oder zu unterjochen. Nie zuvor hat eine Partei in diesem Maße die Rolle des Staates übernommen. [...] Nie zuvor war eine moderne politische Ideologie so ausschlaggebend für die Etablierung einer Tyrannei, die so perfekt ist, dass ihre Fundamente selbst von denjenigen, die sie fürchten, noch gutgeheißen werden. Nie zuvor hat ein Diktator im Namen einer so umfassenden und doch so wirkungsvollen Lüge über so viel Macht verfügt.“

Doch selbst als dies alles längst bekannt war, wirkte der Mythos „Oktoberrevolution“ noch. So gewann er selbst in der antiautoritären Studentenbewegung der Bundesrepublik noch einmal erheblichen Einfluss. Von jenen, die sich den „Friedensfreunden“ von der SED/DKP anschlossen, abgesehen und auch von jenen, die maoistische Parteien gründeten: Der Mythos wirkte sogar bei jenen, die sich kritisch zum Leninismus verhielten und die gegen stalinistische Anfechtungen gefeit waren. Rudi Dutschke wollte Lenin durchaus – natürlich kritisch – in seiner Vorstellung von revolutionärer Arbeiterpartei „aufheben“.<sup>90</sup>

---

87 Koenen, Gerd: Die großen Gesänge. Frankfurt/Main 1987.

88 Brecht, Bert: Me-ti/Buch der Wendungen, Gesammelte Werke, Bd. 12. Frankfurt/M. 1967, S. 524.  
Vgl. dazu: Scharrer, Manfred: Gefahren der Dialektik, Der Lange Marsch. In: Zeitung für eine Neue Linke, Nr. 23, Sept. 1976.

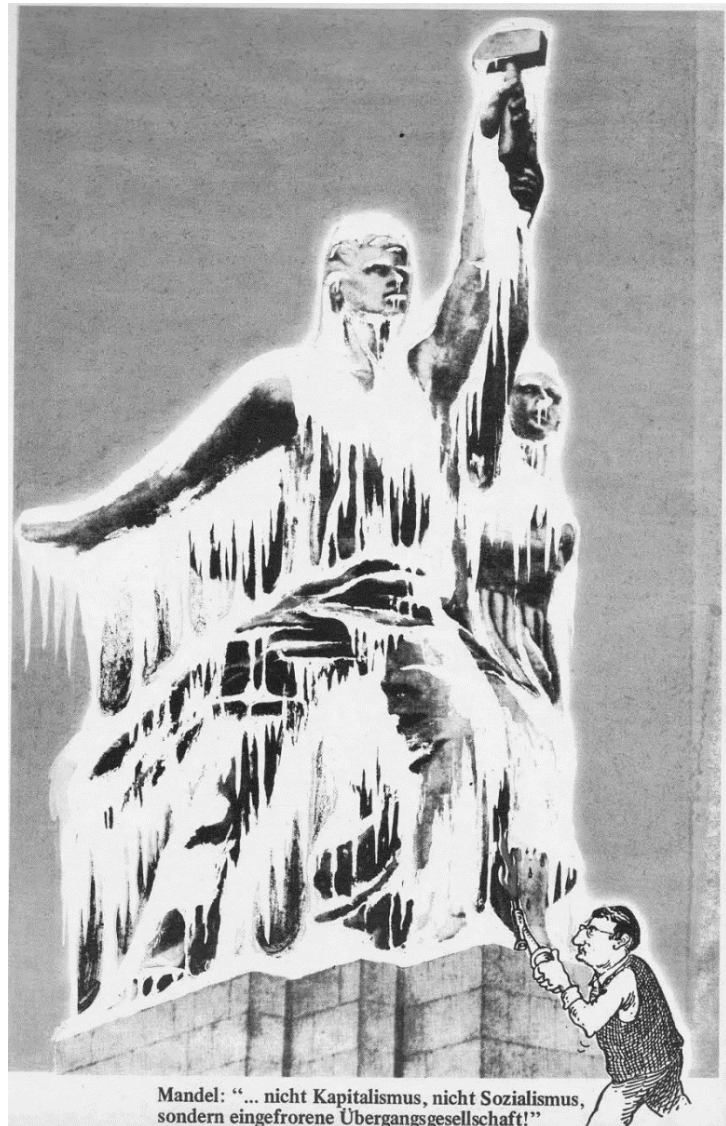
89 Zitiert nach ebd.

90 Vgl. Manfred Scharrer, Auf der Suche nach der revolutionären Arbeiterpartei. In: Ästhetik & Kommunikation, Heft 140/141, 2008.

Da hatte es schon den 17. Juni gegeben, da hatte Chruschtschow schon die stalinistischen Verbrechen benannt,<sup>91</sup> da waren die Erfahrungen des ungarischen Aufstands, des Prager Frühlings und der Solidarnosć. Und es war mittlerweile bekannt, wie viele Kommunisten, die vor Hitler in die Sowjetunion geflohen waren, von Stalin umgebracht worden waren. Es gab unzählige Versuche von abgefallenen Kommunisten, den sogenannten Renegaten, über das politische, soziale und ökonomische Herrschaftssystem der Sowjetunion aufzuklären. Das „Ende der Illusionen“ (Furet) vermochten sie nicht herbeizuführen.

Dem stand das Wissen um die Nazi-Zeit und ihre Verbrechen entgegen, die aktuelle Erfahrung des Vietnamkrieges und der kolonialen Befreiungsbewegungen. „Kapitalismus führt zum Faschismus“ war eine eingängige Parole, die viele als intellektuell ausreichende Erkenntnis akzeptiert hatten. Wie allerdings die deutschen maoistischen Sekten Stalin wieder in die Ahnengalerie sozialistischer Heroen aufnehmen oder wie die RAF mit Rückgriff auf Lenin erneut Terror zur sozialistischen Methode erheben konnten, bleibt weitgehend unverständlich.

Die Entzauberung der bolschewistischen Oktoberrevolution war schließlich Resultat des ruhmlosen Endes der Sowjetunion. Ewige Wahrheiten des Marxismus-Leninismus wurden von den eigenen Leuten über Nacht abgeräumt. Ein welthistorisches Experiment, das so viel Leid, Hunger und Elend und Tod über Millionen Menschen gebracht hatte, wurde nolens volens beendet.



*Bildquelle: Langer Marsch*

91 Vgl. Scharrer, Manfred: Die Wahrheit ist unsere Stärke. Auseinandersetzung mit dem Stalinismus und Rezension von R. Medwedjews Buch, Die Wahrheit ist unser Stärke. In: Der Lange Marsch, Zeitung für eine Neue Linke, Nr. 6, Oktober 1973.